

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

6. Jahrgang.

Mittwoch, 14. April 1926.

Nr. 88.

Farbe bekennen!

Die sonntägige Parteikonferenz der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat eine Resolution beschlossen, die hier in den wichtigsten Punkten bereits veröffentlicht wurde und in der es über das Verhältnis zu anderen sozialistischen Parteien heißt:

„Der Kongress der Parteivertretung der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei betont, daß es nunmehr Pflicht aller Parteien ist, die auf dem Boden des demokratischen Sozialismus stehen, in gegenseitiger Annäherung und Ueberwindung der Hindernisse, welche sich der Zusammenarbeit in den Weg stellen, die Angriffe der sozialen und kulturellen Reaktion abzuwehren und im arbeitenden Volke den Gedanken der einheitlichen Interessen und der Einheit im Kampfe zu pflegen.“

Dieser Aufforderung muß, soll sie nicht eine Geste bleiben, und nicht als eine bloße Drohung nach der Richtung der bürgerlichen Koalitionsparteien hin gewertet werden, die praktische Tat folgen. Es darf nicht bei Worten bleiben, und gerade die deutsche Sozialdemokratie, der von einzelnen tschechischen Genossen mit Unrecht vorgeworfen wird, sie verhindere trotz der Loslösung der tschechischen Sozialdemokratie von der Koalitionsgemeinschaft die Verbrüderung der deutschen und tschechischen Arbeiterpartei, muß nun alles tun, um zwischen den beiden sozialistischen Lagern klare Verhältnisse zu schaffen. Der zitierte Passus der tschechisch-sozialdemokratischen Resolution ist wohl nicht anders zu deuten, denn als eine Aufforderung auch an die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Zusammenarbeit mit der tschechischen sozialistischen Arbeiterschaft zur gemeinsamen Abwehr der sozialen und kulturellen Reaktion zu suchen. Wenn die Resolution es den Parteien, die auf dem Boden des demokratischen Sozialismus stehen, zur Pflicht macht, im arbeitenden Volke den Gedanken der einheitlichen Interessen und der Einheit im Kampfe zu pflegen, so darf die deutsche Sozialdemokratie mit Stolz feststellen, daß sie dieser Pflicht niemals untreu geworden ist, und sie wird gewiß, wenn dies noch möglich ist, diese Pflicht von jetzt ab in noch erhöhtem Maße zu erfüllen bestrebt sein.

Die größte Gefahr für ein unmittelbares und späteres Zusammengehen der sozialistischen Parteien aber wäre, wenn die Hoffnungen, welche die Resolution der tschechischen Sozialdemokraten bei den deutschen Arbeitern zu wecken geeignet ist, sich als leere Illusionen herausstellen würden und die Abfassung der Resolution nur — was vorläufig nicht geglaubt werden kann — dem Bedürfnis nach einem taktischen Manöver entsprungen ist, hinter dem sich die Absicht verbirgt, die bürgerlichen Koalitionsparteien etwas fette zu machen, um darauf mit ihnen wieder den Weg in die alte neue Koalition zu gehen. Die tschechischen Genossen werden das Verlangen nach Offenheit und Klarheit wohl nicht übernehmen, aber es ist immerhin erstaunlich, daß ihr Zentralorgan gestern, also am Morgen nach dem Abend, an dem es die von der Parteikonferenz beschlossene Resolution abdruckte, schreiben konnte:

„Ein Politiker aus einem anderen Lager hat uns vor der Sitzung der Parteivertretung gefragt, welche Stellung wir zu der „letzten Zensation des Tages“, zum Briefe des Abgeordneten Stříbrný an den Ministerpräsidenten einnehmen. Aus der von der Parteivertretung beschlossenen Resolution ist ersichtlich, daß wir dieser Sache kein Gewicht beilegen haben. Wenn in dem Beschlusse der Parteivertretung in irgendeiner Weise der tschechoslowakischen Sozialisten Erwähnung getan wird, dann geschieht dies in jener Stelle der Resolution, in welcher an die Pflicht aller demokratischen, sozialistischen Parteien erinnert wird, für eine gegenseitige Annäherung und Ueberwindung der Hindernisse zu arbeiten, die sich der Zusammenarbeit in den Weg stellen, an die Pflicht des gemeinsamen Kampfes gegen die Gefahr der Reaktion und im arbeitenden Volke den Gedanken der einheitlichen Interessen und der Einheit im Kampfe zu pflegen. Das ist — wenn man will — unsere Antwort auf die Bestrebungen

der Gruppe des Abgeordneten Stříbrný, einen möglichst tiefen Abgrund zwischen der Sozialdemokratie und der tschechoslowakischen sozialistischen Partei zu graben, das ist auch unser Ruf in dem Lager der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft. So weit es um die Zusammenarbeit und Kampfgemeinschaft mit den tschechoslowakischen Sozialisten geht, ist hier die Sache politisch um vieles akuter, als beim Lager der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter, die künstlich und absichtlich in nationaler Isolierung gehalten werden. Ein Teil der Führung der tschechoslowakischen Sozialisten arbeitet ganz offensichtlich dahin, die Partei dem Lager der Bourgeoisie anzugliedern, die sozialistische Platte wegzuerwerfen und an der Seite der Bourgeoisie gegen die tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei zu marschieren. Das entspricht den alten Traditionen der früheren nationalen Arbeiterschaft, aber wir haben die Gewißheit, daß eine solche Politik heute von den proletarischen Anhängern der Partei nicht mehr geteilt werden würde.“

Diese Interpretation der Resolution der Parteikonferenz der tschechischen Sozialdemokratie durch das „Pravo Lidu“ ist eine sehr wesentliche Abschwächung des Inhaltes dieser Resolution, wenn nicht gar ihre Verleugnung. In der Aufforderung der Resolution heißt es, daß es „nunmehr“ — das heißt wohl gleich und unverzüglich — Pflicht „aller“ auf dem Boden des demokratischen Sozialismus stehenden Parteien ist, an die Zusammenarbeit zur Abwehr der Reaktion zu gehen, von einer Karenzfrist und auch davon, daß die Parteikonferenz einzelne Parteien für ein solches Zusammengehen noch nicht reif genug ansieht, ist in der Resolution nichts nach eigener Feststellung des „Pravo Lidu“ auch ein „Ruf in das Lager der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft“ ist, kein Wort zu finden. Man „ruft“ doch nicht jemanden, um ihm, wenn er dem Rufe zu folgen sich ansieht, abzuweichen, indem man ihm erklärt, der Ruf sei noch nicht „politisch akut“. Das tut aber das „Pravo Lidu“, indem es die Herbeiführung einer Kampfgemeinschaft mit den tschechischen Nationalsozialisten als viel möglicher erklärt, als die mit der deutschen Sozialdemokratie. Von einem Tag auf den andern hat damit, dank der Bemühungen des „Pravo Lidu“, die Resolution der tschechischen Parteikonferenz ein anderes Gesicht bekommen. Wenn die tschechische Parteiführung der gleichen Auffassung wie das „Pravo Lidu“ ist — und beim Zentralorgan einer Partei sollte man doch annehmen, daß es die Meinung zumindest der Mitglieder des Parteivorstandes vertritt — dann muß gefragt werden, wozu die Parteikonferenz die Resolution mit ihrem „Ruf“ an die auf dem Boden der Demokratie stehenden sozialistischen Parteien überhaupt beschlossen hat? Am Sonntag die sozialistischen Parteien zum gemeinsamen Abwehrkampf auffordern, aber schon am Dienstag eine davon, nämlich die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei, für diesen Kampf als unwürdig und unbrauchbar zu stigmatisieren, das ist ein Scherz, der unter sozialistischen Parteien — vorzüglich ausgedrückt — ein Novum ist, das niemand als eine besonders festliche Einleitung des gemeinsamen Kampfes, aber auch als keinen sonderlich markanten Ausdruck des Willens zu dieser Kampfgemeinschaft ansehen wird.

Das „Pravo Lidu“ hält die Zusammenarbeit mit der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht für „politisch akut“, da sie „künstlich und absichtlich in nationaler Isolierung gehalten“ werde. Der Vorwurf des Nationalismus gegen die deutsche Sozialdemokratie ist bei diesem Blatte nicht mehr neu und die Proben der eigenen Gesinnung, die es bisher zu liefern nicht müde wurde, haben hinreichend vor der ganzen sozialistischen Welt den Beweis erbracht, wie berechtigt es zu einem solchen Vorwurfe ist. Das „Pravo Lidu“ ist nicht gerade wählerisch in seinen Geschossen gegen die deutsche Sozialdemokratie, hat es doch einmal den Genossen Dr. Čech für unwürdig der Stelle des Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses erklärt, weil, nun weil der „Sozialdemokrat“ die Koalition als trockenen Fasizismus bezeichnet hatte, und es hat ein andermal ein wuch-

Das kommunistische Liebeswerben um die Halentkruzer.

Die Demagogen hängen in der eigenen Schlinge.

Die Herren Reichenberger Kommunisten befinden sich augenblicklich in keiner beneidenswerten Lage: sie sehen sich nämlich vor die unangenehme Aufgabe gesetzt, einerseits das Bündnis der Jungkommunisten mit den Junghalentkruzern zu verteidigen und zu befestigen, denn ihr Demagogentum hat sie da an einen Punkt geführt, von dem es im Augenblick kein Zurück gibt; andererseits müssen sie aber, da doch die Ehrlichen und wahrhaft Klassenbewußten unter den kommunistischen Arbeitern genau so wie alle Sozialdemokraten jede Gemeinschaft mit Halentkruzern aus innerem, gefunden proletarischen Empfinden ablehnen, immer wieder mit allen Kunststücken der Sophistik den „Beweis“ zu erbringen versuchen, daß die halentkruzerisch-kommunistische Einheitsfront keine Einheitsfront sei. Da aber selbst die geachteten Leninisten aus schwarz nicht weiß machen können, schlagen diese revolutionären Partier-Akrobaten jetzt die possierlichsten Purzelbäume und bei jeder derartigen Vorstellung, die der „Vorwärts“ gibt, wird das Durcheinander heilloser und verworrener.

Es würde genügen, folgendes festzustellen: der diensttägige „Vorwärts“ beteuert im Innern eines neuerlichen Artikels über den Gablonzer nationalsozialistisch-kommunistischen Jugendtag, „daß es sich keineswegs um irgendeine Einheitsfront der Kommunisten mit den Halentkruzern handelt“, mit der Titel zu ebendiesem Artikel aber lautet: „Halentkruzer und sozialdemokratische Bonzen im gemeinsamen Angriff auf die Einheitsfront“. Das heißt: die Kommunisten haben die Einheitsfront mit den Halentkruzern gesucht und zum Teil auch hergestellt, stoßen dabei aber auf den Widerstand eines Teiles der Halentkruzer selber. Und diesen Widerstand wollen die Kommunisten als Beweis dafür anführen, daß es gar kein Einheitsfrontstreben gebe. Weil ein Teil der Halentkruzer die Einheitsfront nicht will und weil wir die Einheitsfront der Kommunisten mit den Halentkruzern verurteilen, konstruiert der „Vorwärts“ nun eine „traute Gemeinschaft“ zwischen uns und den Nationalsozialisten gegen die Einheitsfront, die aber, wie der „Vorwärts“ gleich darauf wieder beteuert, keine Einheitsfront ist!

Einiges Argument gegen die deutsche sozialdemokratische Parteiführung darin erblickt, daß einige der Genossen darin — aus Brünn stammen! Aber wenn auch die deutsche Sozialdemokratie wirklich so national verblendet wäre, wie das phantastische „Pravo Lidu“ behauptet, was hätte das mit dem gemeinsamen Kampf gegen die soziale und kulturelle Reaktion zu tun, zu dem die tschechische Parteikonferenz auffordert? Dazu wird die deutsche sozialdemokratische Partei doch wohl noch tauglich sein? Ich glaube, daß die Partei schon einige Proben geliefert hat, mitunter mehr, als dem „Pravo Lidu“ gerade recht war. Hält das Blatt die tschechischen Nationalsozialisten wirklich für weniger nationalistic als unsere Partei, oder macht es nur einen Unterschied, weil dieser Nationalismus, der sich offen der systematischen Verdrängung deutscher Arbeiter und Angestellter rühmt, ein — tschechischer ist? Hält es auch wirklich die nationalsozialistische Partei, die eben erst ein bißchen nach dem Fasizismus gerufen hat, und noch mitten im Eifer ist, einen großzügigen Wahlschraub im Interesse der tschechischen Bourgeoisie zu propagieren, für geeigneter, als die deutsche Arbeiterschaft, gegen die soziale und kulturelle Reaktion zu kämpfen? Am „Pravo Lidu“ fällt die liebevolle Güte auf, mit der es über die unsozialistischen Exzesse der nationalsozialistischen Partei in der letzten Zeit hinwegzuleiten sich bereit findet. Wann hätte das Blatt jemals für die deutsche Sozialdemokratie soviel freundliche Rücksicht übrig gehabt, wie es sie den Nationalsozialisten gegenüber zeigt? Es muß wohl zugeben, daß „ein Teil der Führung“ der nationalsozialistischen Partei „ganz offensiv“ da-

Wir wissen nicht, ob uns alle unsere Leser bis hierher folgen konnten; es ist auch durchaus nicht leicht — der „Vorwärts“ kennt sich vor lauter Widersprüchen selber nicht aus, stottert und stammelt, malträtirt die deutsche Sprache, bis sie bereit ist, den krummen Wegen der kommunistischen Gedanken zu folgen und beweist doch nur, gerade durch den ungeheuren Wortschwall, daß die Demagogie die Kommunisten wieder einmal in eine Sackgasse getrieben hat. Drum sind die Kommunisten diesmal auch weich wie Butter: kein Geschimpfe, keine Drohungen, keine Beleidigungen sind dormalen im „Vorwärts“ zu finden; im Gegenteil, er ist sanft wie ein Täubchen und fröhlich den gottverfluchten Sozialdemokraten förmlich aus der Hand. Liebe Freunde, sagt er zu uns — das ist ungefähr der Ton des Artikels — Ihr irrt Euch, die Gablonzer Sache ist nicht so schlimm, wie Ihr meint. Ihr müßt darüber nur „nachdenken“, nicht Eure Nachrichten „revidieren“. Ihr habt eben eine andere Stellung zu den Dingen, aber, seid nicht böse: „wir Kommunisten können den Führern der Sozialdemokratie auf diesen Bahnen nicht folgen“.

Schmiert sich das nicht wie Butter und Quark? Und kommt doch von derselben Seite, die sonst nur Blut und Tränen verschleift! Ja, es ist aber auch wirklich selbst für die Kommunisten zu peinlich, wie sich die halentkruzerisch-kommunistische Einheitsfront gleich von allem Anfang an so ganz unrevolutionär entwickelt. Der nationalsozialistisch-antifaschistische Aufruf von Gablonz — mit dem kann nicht einmal der „Vorwärts“ auf die Barrikaden steigen. Drum zitiert er ihn auch jetzt noch nicht und verlegt sich aufs Ableugnen: dieser Aufruf sei auf der Konferenz gar nicht beschlossen worden. Nun halten wir ja die Nationalsozialisten aller möglichen Dinge fähig, aber einer Konferenz nachträglich eine Resolution anzudichten, dürften sie doch wohl aus Selbsterhaltungstrieb nicht unternehmen. Aber selbst wenn das Unwahrscheinliche wahr sein sollte —

würde das nicht am deutlichsten zeigen, mit was für einer Gesellschaft die Kommunisten sich da an einen Konferenztag setzen, mit wem sie „gemeinsamen Kampf“ beschlossen?

hin arbeitet, die Partei dem Lager der Bourgeoisie anzugliedern und die sozialistische Platte wegzuerwerfen — ohne daß sich aus den Reihen der nationalsozialistischen Arbeiter ein Sturm dagegen erhoben hätte — aber das „Pravo Lidu“ schämt diese Partei für den gemeinsamen Kampf gegen die soziale und kulturelle Reaktion dennoch als verlässlicher ein, als die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter. Ueber Geschmach kann man wirklich nicht streiten.

Die tschechischen Genossen wollen gewiß, daß ihre Beschlüsse ernst genommen werden. Es wird niemand zweifeln, daß ihre sonntägige Parteikonferenz wirklich den Wunsch hatte, durch die beschlossene Resolution eine Kampfgemeinschaft der sozialistischen Parteien gegen die immer frecher werdende Reaktion anzubahnen. Aber sie werden begreifen müssen, daß es der Sache der gemeinsamen Kampffront einen schlechten Dienst erweisen heißt, wenn ihr Zentralorgan ihren Beschluß dahin interpretiert, daß die deutsche Sozialdemokratie für diese Zusammenarbeit ungeeignet ist. Unsere Partei erstrebt den Zusammenschluß mit der tschechischen Sozialdemokratie mit allen Kräften und dieser Zusammenschluß wird auch kommen, weil er kommen muß, soll die Arbeiterschaft nicht den Angriffen der Reaktion erliegen, dennoch glaube ich, sagen zu dürfen, daß in der Partei wenig Neigung besteht, jemandem nachzulaufen und einseitig ihre Sehnsucht zu verschwenden, denn schließlich muß es sich herausstellen, daß die tschechische Arbeiterschaft den Anschluß an die deutsche ebenso braucht, wie diese an die tschechische. Darum muß das Wort Geltung haben: offen Farbe bekennen!

Wilhelm Nießner.

Fast könnten einem die Kommunisten, die so jämmerlich die Opfer der eigenen Demagogie geworden sind, leid tun: erst hieß es, daß bei den Halenkreuzlern in Gablony „das Klassenbewußtsein den Sieg davongetragen hat“ und schreibt derselbe „Vorwärts“ von denselben Klassenkämpfern, daß sie „noch ideologisch auf einer ganz reaktionären Plattform stehen“!

Also, bei was bleibt's? Und mit welchen Halenkreuzlern werden die Kommunisten ihre Einheitsfront befestigen? Sie machen nämlich wiederum „kleine Unterschiede“ zwischen den „gelben Führern der Halenkreuzler“, den „Klassenbewußten Halenkreuzlern“ und den — das gibt's auch! — den „Indifferenten der Halenkreuzlerarbeiter“. Kann man sich eine größere Verwirrung, eine größere Wirrnis, eine größere Demagogie vorstellen?

Jedoch, so sehr die Kommunisten sich auch bemühen, den Eindruck, den ihre Einheitsfront mit den Nationalsozialisten machen müßte, abzuschwächen und zu verwischen, an der Sache selber halten sie fest und erklären, sich bei ihrer Arbeit von uns „nicht einschüchtern zu lassen“. Und darum ist es notwendig, die Arbeiter mit aller Deutlichkeit und immer wieder über dieses frivole Spiel der Kommunisten aufzuklären. Gar niemals darf die Tatsache vergessen werden,

daß Kommunisten auf einer Halenkreuzlerkonferenz auftraten und dort den gemeinsamen Kampf propagierten, daß Halenkreuzler sich und Stimme in einem kommunistischen Ausschuss erhalten und daß all dies das Organ der Partei, der „Vorwärts“, gutheißt, fördert und als revolutionäre Tat, als Sieg des Einheitsgedankens hinstellt.

Man stelle sich doch vor, was die Kommunisten, was der „Vorwärts“ aufgeführt hätte (und ganz mit Recht), wenn Sozialdemokraten den nationalistischen Jugendtag offiziell besichtigt hätten und dort, bei den Halenkreuzlern, den Verteidigern des Privateigentums, den Knechten der Bourgeoisie, den Predigern der rückwärtsgerichteten Gewalt, den Lobpreisern des Faschismus, den Parteigenossen reaktionärer Nordbuben, zum gemeinsamen Kampf aufgelesen hätten! Nun, in Gablony hat sich's gezeigt, wer die wahren Sozialverräter, wer die Verbündeten der Bourgeoisie sind. Dort haben Kommunisten den Faschisten die Hände gereicht, dort hat die Verbrüderung der geistesverwandten Volkshewissen von „links“ und rechts stattgefunden, in Fortsetzung jener Beziehungen, die Radek mit Reventlow anbahnte und die später bei der freundlichen bolschewistischen Flotendemonstration in Neapel zum Ausdruck kamen.

Hier hilft kein Leugnen und Bertuschen, kein Stottern und Stammeln. Wir bedauern es, daß durch solche „Politik“ einer Arbeiterpartei schwere Verwirrung in den Köpfen vieler Proletarier angerichtet wird, aber es ist wohl auch solches im historischen Sinne zur Klärung und Aufklärung der Geister notwendig. Nun wird vielleicht manchem Arbeiter ein Licht über dies kommunistische Gezecke von der Einheitsfront ausgehen, man werden so manche erst begreifen, daß die Kommunisten mit Tod und Teufel Einheitsfront zu machen entschlossen sind, nicht gegen das Bürgertum, sondern gegen die Sozialdemokratie. Anstatt die Gehirne der Arbeiter, die sich im halenkreuzlerischen Lager befinden, im Kampfe zu erobern, verbinden sie sich mit ihnen, erzählen den Arbeitern Märchen von gemeinsamem Kampfeswillen, währenddem die angeblich „Klassenbewußten“ Nationalsozialisten doch

nicht im Traum einen Kampf gegen den Kapitalismus, sondern nur an einen Kampf gegen die Sozialdemokratie denken, der sie eben mit den Kommunisten verbündet. Und da wissen wir den Kommunisten noch einige Adressen: auch bei den Christlich-Sozialen und Deutschenationalen, ja selbst bei den Deutschen Demokraten gibt es Arbeiter. Sie alle wären mit ihrem vorzüg-

lichen Klassenbewußtsein, das sie eben zu diesen Parteien trieb, vortreffliche Bundesgenossen der Kommunisten, auch mit ihnen ließe sich, nach „organisations-technischer Klärung“, eine herrliche Einheitsfront — gegen die Sozialdemokratie errichten. Und das ist ja das Um und Auf der kommunistischen Politik die aber keine besseren Wege gehen könnte, um in der eigenen Demagogie zu erstickern, als den à la Gablony.

Wenderung der Wahlordnung in Deutschland?

Aufhebung der großen Wahlkreise und Schaffung von 252 Stimmbezirken mit höchstens drei Abgeordneten.

Berlin, 12. April. (Eigenbericht.) Dem nach vierzehntägiger Pause wieder zusammen tretenden Reichstag wird die von der Regierung angekündigte Vorlage auf Wenderung des Wahlsystems zugestellt werden. Der Gesetzentwurf sieht eine starke Verkleinerung der Stimmbezirke vor. Anstatt der jetzigen 35 großen Wahlkreise sollen 252 Stimmbezirke geschaffen werden, die durchschnittlich 250.000 Wähler umfassen sollen. Ein Abgeordneter soll auf je 80.000 Wähler gewählt werden. Die Reststimmen sollen auf eine Reichsliste kommen, auf die noch 50 bis 60 Abgeordnete entsandt dürften. Besondere Bedeutung würde, wenn diese Vorlage Gesetz werden sollte, den 140 Stimmbezirken mit vorwiegend städtischer Bevölkerung zukommen, in denen die Sozialdemokratie eine dominierende Stellung inne hat.

Die Regierungsparteien haben sich heute mit dem Kompromißgesetz zur Fürstenabfindung beschäftigt. An den Besprechungen nahmen auch Vertreter der Regierung teil. Man hofft, die Beratungen so zu fördern, daß der Kompromiß dem Reichstag nach seinem Zusammentritt sofort vorgelegt werden kann.

Der Reichswahlausschuss zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses der Eintragungen zum Volksbegehrt tritt morgen vormittag zusammen. Da sich an dem bisher bekannten Ergebnis nicht viel ändern dürfte, wird das durch das Volksbegehrt beantragte Gesetz zur völligen Entscheidung der früheren Fürsten sofort dem Reichstag zugestellt werden müssen.

Der Sach'entonflikt.

Ausschluß des Ministerpräsidenten Held und anderer Funktionäre aus der Partei.

Berlin, 14. April. (Eigenbericht.) Der Bezirksvorstand der ostfälischen Sozialdemokratie hat beschloffen, eine Reihe von Abgeordneten, die der Fraktionsmehrheit angehören, darunter den Ministerpräsidenten Held, den Wirtschaftsminister Müller und den Landtagspräsidenten Winkler wegen beharrlichen Zuwiderhandelns gegen Parteibeschlüsse und großen Vorstoßes gegen die Grundzüge des Parteiprogrammes aus der Partei auszuschließen.

Die englische Krise andauernd ernst.

London, 13. April. (Eigenbericht.) Das Unterhaus ist heute nach den Osterferien wieder zusammengetreten.

Die Kohlenfrage, welche gestern den Gegenstand von Beratungen des Premiers Baldwin mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts gebildet hat, füllt das gesamte öffentliche Interesse aus, vor welchem derzeit alles übrige in den Hintergrund tritt. Bis zum 1. Mai an welchem Tage die Auszahlung der staatlichen Kohlensubventionen aufhören soll und die Geltung der Kollektivverträge endet, fehlen nur noch 17 Tage. Allseits ist eine Nervosität wahrnehmbar, welche Lösung die Kohlenfrage finden wird.

Frühliche Verhandlungen.

London, 13. April. (Neuter.) Die heutige Beratung der Vertreter der Grubenbesitzer und der Bergarbeitervertreter endete nach dreistündiger Debatte ergebnislos. Der Volksjugendausschuss der Bergarbeiterorganisation wird morgen mit dem industriellen Sonderausschuss des Kongresses der Tradeunion konferieren. Zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitervertretern wurde keine weitere Zusammenkunft vereinbart.

Vorlesungen der Bergarbeiterinternationale.

Berlin, 13. April. (Eigenbericht.) Der Exekutivsausschuss der Bergarbeiterinternationale wird im Laufe dieser Woche in Brüssel zusammen-

treten, um über Maßnahmen für den Fall, daß der englische Bergarbeiterstreik ausbrechen sollte, zu beraten. Vor allem soll verhindert werden, daß während der Stilllegung der englischen Gruben ausländische Kohlen nach England eingeführt werden.

Rußland beteiligt sich nicht an der Abrüstungskonferenz.

Jülich, 13. April. Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlicht heute die Antwort der Sowjetregierung auf die Einladung zur Teilnahme Rußlands an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz.

In der Antwort wird zuerst daran erinnert, daß durch den hartnäckigen Widerstand der Schweizer Regierung, offiziell die Ermordung Wotrowskij zu verurteilen, ihre Versicherung, daß allen Delegierten bei den Konferenzen des Völkerbundes die gleichen Rechte und der gleiche Schutz werden gewährt werden, an Wert verliert. Aus der Tatsache, daß der Völkerbundrat in Kenntnis des Standpunktes der russischen Regierung nicht beschloffen hat, die Konferenz nach einem anderen Lande einzuberufen, schließt die russische Regierung, daß der Völkerbundrat den russischen Vertreter von der Mitwirkung an der Lösung der Abrüstungsfrage ausschließen wollte, welche die Sowjetvertreter in der Konferenz von Genau im Jahre 1922 in vollem Umfange entwickelten. Das Vorgehen der Führer des Völkerbundes in der Frage der Wahl des Konferenzortes hat die Sowjetregierung von der Unaufrichtigkeit der Initiative und von Unfähigkeit des Völkerbundes zur Lösung einer ähnlichen wichtigen Frage überzeugt.

Mussolini in Tripolis.

Es ist das unentrichtbare Schicksal aller Diktatoren, daß sie nach der Errichtung ihrer Meinherrschaft im Innern von imperialistischem Größenwahn ergriffen werden und dabei ihr Land und sich selbst ins Unglück stürzen. Die Weltgeschichte, besonders in neuerer Zeit, weist zahlreiche Beispiele solcher Cesarenwahnsüms auf und es gibt keine Ausnahme gegen die historische Regel, daß im Innern erfolgreiche Despoten der Versuchung widerstehen konnten, ihre Ruhmsucht und Machtgier nach außen zu tragen; und alle, alle sind schließlich katastrophal gescheitert.

Mussolini, der bewußt Napoleon I. und unbewußt Wilhelm II. kopiert, wird diesen Weg bis zum bitteren und wohlverdienten Ende gehen müssen. Man kann nämlich ein modernes, kultiviertes Volk auf die Dauer nicht über den Verlust seiner inneren Freiheit hinwegbilden lassen, wenn man ihm nicht wenigstens die Illusion eines Zuwachses an außenpolitischem Prestige verleiht, und es ist bezeichnend, daß in allen Reden Mussolinis in letzter Zeit die Behauptung gewissermaßen als Leit-Motiv wiederkehrt, daß Italiens Großmachtstellung in der Welt erst durch den Faschismus gegründet worden sei, daß sich das neue Italien im Gegensatz zum früheren parlamentarisch-demokratischen Regime von niemandem auf der Welt beeinflussen lassen werde und daß das alte Imperium Romanum, das römische Weltreich, durch den Faschismus seine Wiedergeburt erleben werde.

Die brutale Italianisierungspolitik gegenüber den deutschen und südslawischen Minderheiten paßt durchaus in den Rahmen dieses imperialistischen Programms, ebenso die drohenden Kriegserklärungen, die Mussolini Anfang Februar im Parlament gegen Deutschland wegen Sabotage hielt. Aber die Brennergrenze spielt in diesem Programm doch nur eine untergeordnete Rolle. Auch gegenüber Südslawien, in der Abria, sind die Ausdehnungsmöglichkeiten für Italien beschränkt. Ueberhaupt ist die Verfolgung territorialer Ziele in Europa ein viel zu gefährliches Beginnen, zumal solange der Völkerbund besteht. Das hat Mussolini anlässlich der Besichtigung Korsus im Sommer 1923 erfahren müssen und daher beschränkt sich sein Bestreben einstweilen auf eine Aushöhlung des Völkerbundes, um dieses lästige Hindernis für frätere Zeiten aus dem Wege zu räumen. Dagegen sucht der italienische Diktator den imperialistischen Drang des Faschismus auf kolonialem Gebiet zu befriedigen. Der knüpft er nicht nur an die Tradition des Imperium Romanum, sondern auch an das Werk an, das Crispi an Roten Meer im Jahre 1888 und Giolitti an der Tripolis-Küste im Jahre 1912 eingeleitet haben. Die Lage Italiens in der Kolonialfrage entbehrt zweifellos nicht einer gewissen Tragik. Wenn der Kolonialgedanke überhaupt berechtigt ist — der Sozialismus verneint grundsätzlich diese Berechtigung — so müßte Italien, das eine stetig wachsende Bevölkerungszahl aufweist und das jährlich Hunderttausende in fremde Länder als Auswanderer hinausgeschickt muß, um mehr Kolonien besitzen als z. B. Frankreich. Italien befindet sich hier in einer ähnlichen Lage wie Deutschland schon vor dem Kriege. Jaures hat einst — nach dem Zwischenfall von Agadir — den Gedanken entwickelt, daß Deutschland das Recht gehabt hätte, zu spät als Großmacht in Erscheinung zu treten, weil es seine nationale Einheit erst lange nach England und Frankreich bewerkstelligen konnte; und als es dann als Großmacht seine Ansprüche geltend gemacht habe, sei die Welt in kolonialer

Aus dem Zehnteilen von Richard Brandels.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen.

2 Von Jiti Gaußmann.

Ermöglicht mir die Regierung die Erzeugung einer hinreichenden Menge, mache ich die verdorsten Immoralisten mit einem Schlage zu begeisterten Altruisten. . . Kann-balden verwandle ich im Nu in orthodoxe Tolstojaner. . . die Prostituierten bringe ich in einem Tage in das Heim der Heilsarmee. . . ich verwirkliche, nicht durch leeres Moralisieren, sondern durch die Stärke meiner Apparate, den Grundged der alle Menschen umfassenden Brüderlichkeit, die so viele Philosophen, Propheten und religiöse Schwärmer seit langem vergebens verkündet haben. . . binne einem Jahre, nein, in einem Monate vermittelte ich die ganze Menschheit — bedenken Sie, bitte, Sir! — die ganze Menschheit werde ich stiftlich machen und damit eine Stufe geistiger Entwicklung erzielen, die sonst Millionen Jahre brauchen würde! Ich bin kein Dichter, aber ich fühle schon, wie ein neues, goldenes Zeitalter anhebt. . . wie das verlorene Paradies wiederkehrt. . . wie das Reich des Allerhöchsten auf Erden niedersteigt. . .

Hier hielt der Erfinder, vom eigenen Redefluß erschöpft, eine Weile inne. Sir Lästigon hatte indes sein Auge von ihm gelassen, und da er des Vorklärers Zurechnungsfähigkeit nicht recht traute, suchte er eine festsche Stellung einzunehmen, daß er im äußersten Falle möglichst rasch unter dem Tische Deckung finden könnte. „Aber zur Verwirklichung dieser welt-erobenden Ideale“, fuhr Fabricius jetzt ruhiger fort, „bedarf ich vor allem materieller Mittel; deshalb habe ich mir eben erlaubt, mich an Sie

und die Regierung zu wenden, daß sie die Durchführung meines Projektes gewissermaßen in eigener Regie übernimmt, daß sie mir, kurz und gut, wenigstens die Erzeugung eines solchen Quantums Agathergie ermöglicht, welches hinreicht, die gesamte Bevölkerung unseres geliebten Vaterlandes zu belehren. . . Jetzt begreifen Sie wohl, Herr Minister, weshalb ich sagte, daß von Ihrer Entscheidung das Schicksal meines ganzen Lebenswertes abhängt. . .

„Ihr Vorschlag, lieber Professor“, bemerkte trocken Sir Lästigon, der noch immer mißtrauisch dreinsah und ständig bereit war, im Notfall unter den Tisch zu flüchten, „ist allerdings bis zu einem gewissen Grade. . . heady-wert, sozusagen, jawohl: beachtenswert. Aber leider gibt es hier gewisse Hindernisse. . . gewisse unüberwindliche Hindernisse. . . Sie begreifen sicherlich selbst: die Notwendigkeit zu sparen, die Einschränkung der Staatsausgaben auf das geringste Ausmaß. . . in meinem. . . effort allein hat man heuer im Budget 25 Millionen gestrichelt, im Unterrichtsressort noch mehr. . . und dann, hauptsächlich: wir mühten gewisse Garantien haben, was sozusagen den Erfolg und — verzeihen Sie — die Solidität Ihrer Erfindung betrifft. . .

„Auch das habe ich bedacht, Excellenz! Auf eigene Kosten — es hat mein ganzes bescheidenes Vermögen verschlungen — habe ich zwei mit Agathergie geladene Behälter in Miniaturformat hergestellt, von denen jede zur Belehrung eines Menschen genügt, und ich bin bereit, Ihnen eventuell sofort einen anschaulich überzeugenden Versuch an einer beliebigen Person vorzuführen — oder wünschen Sie vielleicht selbst moralisch vollkommen zu werden? . . .

„Um Gottes willen, nein!“ rief Sir Lästigon entsetzt aus und sprang aus dem bequemen Sesselfühle auf „ich glaub' Ihnen, alles glaub' ich Ihnen, sogar daß Ihre Erfindung epochemachend

— bei allem, was Ihnen teuer ist, nur mich machen Sie nicht tugendhaft! Bedenken Sie. . . ich bin eine exponierte Persönlichkeit. . . will Karriere machen. . . bin Familienvater. . .

„Beruhigen Sie sich, Herr Minister, ich würde es nicht wagen, Ihnen Gewalt anzutun. Es wäre auch überflüssig, denn ein glänzendes Beispiel für die Wirkung meiner Erfindung können Sie im Vorraum Ihres Arbeitszimmers erblicken: Ich war nämlich leider vor einer Weile gezwungen, in Ihrem Diener das Bewußtsein der alle Menschen umfassenden Brüderlichkeit zu wecken, weil er mich sonst niemals hereingelassen hätte. Sie werden hoffe ich, diese kleine Nützlichkeitsverzeihen, welche übrigens den guten Alten hat, die für kein Amt unschätzbar sind: mit Freundlichkeit, Dienstfertigkeit, Ergebenheit, Gehorsam, Arbeitsfreude. . .

„W—was? Sie haben aus dem alten Sallian einen Altruisten gemacht? Ist es möglich?“ staunte der Minister und eilte hinaus, sich von der Wahrheit der Angaben des Professors zu überzeugen; aber er war noch nicht in die Hälfte des Zimmers gekommen, als plötzlich Totenblässe seine sorgfältig rasierten Wangen überzog und bewirkte, daß er wie festgebannt dicht am Rande des prachtvollen Perletpieps stehen blieb, indem er entsetzt vor sich hinstarrte: in der Türe erschien nämlich die robuste Gestalt des oppositionellen Abgeordneten Rumburr, des Vorsitzenden der radikalen Unabhängigkeitspartei und Schreckens aller Regierungen von Utopien, vor dessen blohem Namen auch die abgehartesten Ministerpräsidenten wie kleine Kinder zitterten. Starr vor Schrecken hatte Sir Lästigon kaum Zeit, dem Professor Fabricius rasch zuzuflüstern: „Retten Sie mich — machen Sie ihn zum Altruisten — ich tu' alles, was Sie wollen!“

— da ergoß sich schon über seinem Haupte ein Ungeheimer lerniger Beschuldigungen:

„Beamter Minister, ich komme nicht zu bitten, sondern zu fordern; ich komme nicht, um Vorwürfe zu machen, sondern den unerhörten Terror der Regierung an den Pranger zu stellen, den Terror einer Regierung, welche ihre imperialistischen Gelüste an unserer Partei ausläßt, der einzigen anständigen Partei in der Republik, deren reiner Schild allerdings ein Dorn im Auge der korumpierten Usurpatoren sein muß zu denen in erster Reihe Sie gehören, ja, Sie, Bürger Lästigon. . . Ich fühle ein konkretes Beispiel an: die lokale Organisation unserer radikal-unabhängigen Partei in Abdera hat die dortige Expositur der fünften Abteilung ihres übel berüchtigten Ressorts in höchster Weise um Ueberlassung der Saugleiräume zwecks Veranstaltung eines Maskenballes ersucht — und Sie, Sie. . .

Er vollendete nicht. Im selben Augenblick glitt nämlich in seinem offenen Mund ein hellgrüner Funke aus einer Miniatur-Verdmerfische, die ihm Fabricius dicht an die Zunge hielt, und bewirkte, daß er erst nach geraumer Weile fortsprechen konnte, aber mit einer nicht zum Wiedererkennen gemäßigten Stimme: „. . . und dir, teurer Bruder, schien es nicht recht, ihren künftigen Gelüsten zu willfahren, und deshalb erlaube ich mich zum Zeichen des Dankes in tiefster Demut vor dir neigen; denn nicht in wüsten Freudenfesten, sondern in gegenseitiger Liebe, in Würgefahl und Selbstopferung beruht das wahre Glück des Menschen — dir aber, edler Mann, der du mein Denken auf eine wunderbare, obgleich mir bis jetzt auf keine Weise erklärliche Art zu erleuchten geruhst, laß mich auf deine gütigen Hände den Ruf des Friedens drücken! — Leb' wohl, meine Brüder, und liebet euch untereinander, wie ich euch liebe.“ (Fortsetzung folgt.)

Sicht zum größten Teil bereits zwischen anderen „älteren“ Mächten verteilt gewesen. Gerade das gleiche gilt für Italien, das ebenfalls erst 1870 seine nationale Einheit verwirklichte und noch später als Deutschland dazu überging, die letzten übriggebliebenen Brocken Afrikas zu kolonisieren. Italien mußte zu diesem Zweck einen Krieg gegen die Türkei vom Baun brechen und eroberte schließlich nach verlustreichen Kämpfen die unfruchtbare Küste von Tripolis und die endlosen Sandwüsten in deren Hinterland. Damit sind aber die kolonialen Bedürfnisse Italiens in keiner Weise befriedigt. Ingegnen ist unmittelbar an die „Kolonie“ Tripolis anschließend, wenige Dampferstunden von Sizilien entfernt, das weite, landwirtschaftlich fruchtbare und an Industrierohstoffen (Kali) reiche Gebiet von Tunis, das seit 1881 unter französischem Protektorat steht. Diesem Land, das übrigens doppelt soviel italienische Kolonisten zählt als französische, gilt seit jeher die koloniale Sehnsucht Italiens und es war ganz unvermeidlich, daß der Faschismus dieser Sehnsucht noch viel kräftigeren Ausdruck verleiht als die früheren italienischen Regierungen. Tunis, seit 45 Jahren ein Gegenstand des Argwohn auf französischer und des Neides auf italienischer Seite, droht so unter Mussolini zu einem äußerst gefährlichen Kampffel zwischen den beiden „lateinischen Schwestern“ zu werden. Der Faschismus wird sich im Innern nur dann behaupten können, wenn ihm im Gegensatz zu den früheren italienischen Regierungen die Erreichung dieses bestimmten Zieles in absehbarer Zeit gelingt. Das sieht Mussolini sehr gut und deshalb hat er in kaum mißverständlicher Form die Parole „Tunis“ zum offiziellen Bestandteil der faschistischen Politik erhoben.

Seine jetzige „Inspektionsreise“ nach Tripolis dient diesem kaum mehr versteckten Ziel. Bereits auf der letzten Jahresfeier des „Marsches auf Rom“ im September 1925 hatte Mussolini, wie erinnerlich, das Jahr 1926 als das „napoleonische Jahr“ des Faschismus bezeichnet und seinen Scharen ein rätselhaftes Rendezvous an einem noch geheimgehaltenen Ort für das nächste Jahr gegeben. Dann folgte ein wilder Pressefeldzug gegen Frankreich, in dem immer wieder auf die Notwendigkeit für Italien hingewiesen wurde, ein großes Kolonialreich auf Kosten Frankreichs zu gründen, das mit seinen Kolonien nichts anzuhängen wisse. Dieser Feldzug ist nur ganz vorübergehend durch die Polemik gegen Deutschland wegen Süditalien unterbrochen worden. Dann lud Mussolini das neue faschistische Parteidirektorium und die Parteisekretäre im Hafen von Ostia auf das Schlachtschiff „Cabour“ ein, und hielt vor ihnen, ehe er die Afrika-Reise antrat, eine weltweitemische Rede: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser... Ihr müßt die Bedeutung der Marine kennen lernen... Wir sind das Volk des Mittelmeeres...“ Am Sonntag, in Tripolis gelandet, sprach er von den „unsterblichen Spuren Roms“ und sagte: „Es ist das Schicksal, das uns zu diesem Lande treibt.“

Wenn auch die sehr nervösen Kommentare der französischen Presse, ohne Unterschied der Partei, die offiziellen Kreise in Rom neuerdings veranlaßt haben, die Begleitmusik der faschistischen Blätter etwas zu dämpfen, so wird man sich wieder in Frankreich noch anderswo über den wahren Sinn der „neuen Flotten- und Kolonialpolitik“ Italiens täuschen lassen. Der Empfang, den sich Mussolini in Tripolis bereiten ließ, kann niemanden in Zweifel darüber lassen, daß der Faschismus seine nächsten Angriffsziele in Afrika sucht. Mussolini wurde als „Kaiser“ begrüßt und erinnerte mit jedem Satz seiner Reden an die Zeit der römischen Herrschaft in Nordafrika. Das „Mittelmeer war römisch und beginnt wieder römisch zu werden“, heißt es da oder das „sich neu bildende Italien, das starke Italien, sieht in dem Gewicht seiner glorreichen Vergangenheit kein Hindernis, sondern einen Ansporn zur schnelleren Erreichung des morgigen Triumphes“. Seine Reise sei kein gewöhnlicher administrativer Akt, sondern eine Rundgebung der Macht des italienischen Volkes, welche „die triumphalen und unsterblichen Falsi an die Küste des Meeres von Afrika trägt.“ Wie jede Rede Mussolinis und wie jeder seiner Regierungsakte, so haben auch diese Rede und diese Reise ihre lächerliche und ihre ernsthafte Seite.

Es ist lächerliche Komödie, wenn eine Reise, wie sie Duzende andere Premiers ohne großen Värm unternehmen, plötzlich zu einem weltgeschichtlichen Ereignis gestempelt wird. Mit jeder Tat, die Mussolini Napoleon nachmacht, zeigt er drastischer, daß er nichts als der Affe des großen Korfen ist. Die Reise nach Tripolis, neben die Expedition Napoleons nach Ägypten gehalten, wirkt grotesk, kitschig, schmierig. Bei Abukir ein Kampf aus Leben und Tod, eine Feigheit um Leib, Leben und Ruhm, die Napoleon persönlich gefährdet, ein Projekt, das in seiner Größe kaum begriffen werden konnte, — ging es doch um einen Angriff auf die Weltmacht Englands an einer Stelle, deren Bedeutung vorher kaum einer geahnt hatte — blutige Schlachten im Angesicht der Pyramiden und eine waghalsige Rückkehr mitten durch eine Wüste. In Tripolis blinde Salutsschüsse, Fahnen und Toasts, organisierter Theaterlärm der Menge, eine Begeisterung, die nicht mehr zählt als das Volksgemurmel hinter den Kulissen der Schaubühne („Rhabarber, Rhabarber“), kein großer Plan, sondern die Suche nach einem Blaupapier für die nationalitischen Sehnsüchte, nach einem Ausweg aus der Sackgasse, in die man vor lauter Reden ahnungslos gerannt ist; Gegenstand der Feier ist eine Provinz, deren stärke

Sandwüsten eine Reise weder im Luxus, abteil eines Schlachtschiffes, noch im Zwischenbelohnen. Das alles veranlaßt vom politischen Oberhaupt eines Landes, das immerhin eine Großmacht mit 40 Millionen Einwohnern und kein Operettenstaat wie weisland Montenegro ist, muß die Welt lachen machen.

Die erste Seite der Reise und der Reden liegt darin, daß eben ein an sich barem Posten stehender Mann, und sei er auch Paralytiker, nicht ungestraft Spaß machen kann. Es wird mit Mussolini so kommen wie mit Hitler und Wilhelm II. und mit allen großmäuligen Politikern. Wilhelm prophezeite den Krieg, schwärmte vom Krieg, roffelste mit dem Säbel und haute Schiffe, hörte fürs Leben gern Kanonaden und hielt Paraden ab. Es ging solange, bis der wirkliche Krieg da war. Dann soll er nach dem Zeugnis vieler, die es wissen müssen, Angst gehabt haben. So war es mit Adolf Hitler: er drohte der Republik und ihren Führern, er drohte den Marxisten, er sprach von der völkischen Revolution und von der Abrechnung, er schulte die Banden und mobilisierte deklassierte Offiziere, Lumpenproletarier und Spießer gegen die Republik. Er führte den völkischen Umsturz im Maul, bis er wirklich kam. Er hatte den

Teufel an die Wand gemalt und wurde von seinen Anbetern gezwungen, den Schein zu richtig zu spielen. Auch Mussolini möchte vielleicht gerne durch seine Reden die Taten überflüssig machen. Auch er geberdet sich wie der empörte Rausfuder, der den Kameraden zuruft: „Halt's mich, oder es passiert ein Malheur“; einmal kommt die Stunde, da sie ihn nicht mehr halten, sondern auf das Malheur neugierig sind.

Die französische Presse scheint sehr vieles von den Reden des Duce ernst zu nehmen und auch aus Ungora laufen Berichte an, die die üble Folgen der tripolitanischen Reden fürchten lassen. Es kommt vor, daß mitten im Lachen die Messer aufblitzen und aus der größten Spitz die blutigste Keilerei wird. Der Sprachmacher Mussolini kann Europa noch teuer zu stehen kommen, wenn es nicht beizeiten so gut, daß er vor anderen Kampfen als die Künsten französischer Kolonien und zwischen andern Anklagen als den Dreadnought seiner Flotte seine Kunst ausübt. Es soll im Atlantischen Ozean eine Insel namens St. Helena geben. Dort wäre der einzige Platz den Mussolini wirklich mit Napoleon gemeinsam zu haben verdient. Das sollten sich die Herren vom Völkerbund einmal durch den Kopf gehen lassen.

Die Züricher Sitzung der Sozialistischen Internationale.

Die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale beendete am Montag in achtsitzigen Verhandlungen ihre Züricher Tagung. Vor allem beschloß sie, als Demonstration gegen die Freifassung der Mörder Matteottis, des großen Märtyrers des Sozialismus, ein Denkmal zu errichten, das im Volkshaus zu Brüssel aufgestellt werden soll, in der Erwartung, daß die Zeit nicht allzu fern sei, wo es möglich sein wird, in dem vom Faschismus befreiten Italien selbst ein Denkmal Matteottis zu errichten. Die Exekutive beschloß ferner, einen besonderen Matteotti-Fonds zu stiften, der als internationaler Hilfsfond für die Arbeiterbewegung der Länder ohne Demokratie dienen soll. Die angeschlossenen Parteien werden aufgefordert, am 10. Juni, wenn der Todestag Matteottis sich zum zweiten Male jährt, den Grundstein zu diesem Fonds zu legen. In dem Mai-Aufruf, der die Probleme der Arbeitlosigkeit, des Achtstundentages und des Kampfes gegen den Krieg in den Vordergrund rückt, werden auch diese Beschlüsse, die sich gegen den Faschismus und die Reaktion wenden, bekanntgegeben.

Die Kommission, die zur Beratung der Fragen des Völkerbundes, der Abrüstungskonferenz und der Wirtschaftskonferenz eingesetzt war, legte folgende Entschliessung vor, die einstimmig angenommen wurde: „In der Überzeugung, daß der Weltfrieden für die Erreichung der Ziele der sozialistischen Arbeiter-Internationale, für die Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Herrschaft und für die Errichtung der sozialistischen Republik eine unumgängliche Voraussetzung ist, erinnert die Exekutive an die Resolution des Pariserer Kongresses über die internationale sozialistische Friedenspolitik. Die S. A. J. hat damit ihre Stellung zum Völkerbund bestimmt. Sie fordert, daß der Völkerbund allumfassend und demokratisiert werde. Als sich im März die Gelegenheit bot, einen entscheidenden Schritt zur Vervollständigung des Völkerbundes zu tun, wurde sie nicht genutzt. Dieses bedauerliche Ergebnis war eine Folge der Methoden der Geheimdiplomatie und weiterhin dadurch verursacht, daß man die Völkerbundversammlung nicht jene Rolle spielen ließ, die ihr nach dem Völkerbundspakt zukommt. Es ist von höchster Bedeutung, daß der Völkerbund nicht noch einmal in die Gefahr kommt, eine derartige Niederlage zu erleiden. Die Völkerbundversammlung im September muß Deutschland ohne Aufschub in den Völkerbund aufnehmen und ihm einen dauernden Ratssitz geben. Es muß gefordert werden, daß die demokratischen Tendenzen im Völkerbund stärker zur Geltung gelangen, und daß insbesondere

1. die Völkerbundversammlung in Zukunft nicht mehr dem Rat untergeordnet wird, daß sie im Gegenteil bei wichtigen Angelegenheiten die Initiative übernimmt; ihr obliegt es vor allem, in der Septembertagung die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden;

2. die Ratssitze durchweg durch Wahlen besetzt werden. Wenn es zu schwierig erscheinen sollte, im gegenwärtigen Augenblick dieses Prinzip in seiner ganzen Strenge durchzuführen, wenn die Mächte, die gegenwärtig einen dauernden Ratssitz innehaben, auf ihr Vorrecht nicht verzichten, da es nicht angängig sein kann, Deutschland dieselbe Stellung wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan zu verweigern, sollte sein Eintritt dennoch nicht um den Preis anderer Annahmen, vom Prinzip der Wahl geschehen, dem man im Gegenteil eine immer strengere Anwendung geben muß, um Rivalitäten und Kämpfe um Einfluß und Gleichgewicht zu vermeiden, in deren Folge das Ansehen und das Wirken des Völkerbundes geschwächt würde.

Die Frage der Demokratisierung des Völkerbundes bleibt auf der Tagesordnung der Internationale. Die Exekutive wird in ihrer nächsten Sitzung sie einer Neuprüfung unterziehen. Es ist nötig, die Volksmassen darauf aufmerksam zu machen, daß die friedlichen Beziehungen zwischen dem Völkerbund, wie sie die Sozialdemokratie versteht, ihren wahren Schutz nicht in den Rüstungen, in militärischen Bündnissen und der Geheimdiplomatie finden können, sondern nur in einer Völkerbundspolitik, die die Regelung aller Konflikte durch schiedsrichterliche oder andere friedliche Me-

thoden sichert. Die Exekutive betont die gebieterische Notwendigkeit, zu einer schnellen Einigung über das größtmögliche Ausmaß der Abrüstung zu kommen. Sie stellt fest, daß der neulich unternommene diplomatische Versuch, den Willen der Völker, die von der Last der Rüstungen befreit werden wollen, Genüge zu leisten, das Problem des Weltmilitarismus nur leicht gestreift hat. Die Exekutive stellt weiter fest, daß eine Politik der internationalen Zusammenarbeit nur insoweit mit Erfolg betrieben werden kann, als die Demokratien sich entschließen, im Völkerbund die entscheidende Organisation für die Lösung der internationalen Probleme zu sehen.

Die Exekutive beschloß, eine Kommission zu wählen, die das Problem der Abrüstung so zu prüfen hat, wie es dem Völkerbund vorliegt. Sie erhebt schon heute Protest gegen die in gewissen Kreisen vorhandene Auslegung des Völkerbundpaktes, nach der die angeschlossenen Nationen nicht das Recht haben sollen, in dem Ausmaß, das sie für nötig halten, abzurüsten. Die Internationale muß die gesamte Tätigkeit des Völkerbundes aufmerksam verfolgen; sie muß die Aufmerksamkeit der angeschlossenen Parteien auf die Nützlichkeit der Verstärkung des sozialistischen Einflusses in allen Organen des Völkerbundes lenken. Sie muß sich schließlich auch bemühen, in jedem Falle die Übereinstimmung zwischen den Parteien herzustellen, um die Annahme der Entschliessungen, die nach ihren Wünschen formuliert wurden, durch die Völkerbundversammlung herbeizuführen. Die Exekutive erinnert daran, daß die sozialistische Partei Deutschlands gemäß der Pariserer Resolution eine energische Aktion geführt hat, deren Ergebnis die deutsche Regierung bestimmte, den Eintritt in den Völkerbund nachzusuchen. Die Exekutive hofft, daß die Arbeiter Amerikas und Rußlands, an die die Internationale gleichzeitig einen Appell gerichtet hat, fordern werden, daß ihre Regierungen eine internationale Völkerbundpolitik verfolgen und so immer mehr die Idee eines weltumfassenden und demokratischen Organs für die Bewahrung des Friedens verwirklicht wird.

Der Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I.W.P.), daß die S. A. J. sich an die Kommunistische Internationale in der Frage der Bildung einer allumfassenden Internationale wenden möge, wurde nach einer eingehenden Diskussion mit 247 gegen 3 (I.W.P. und U.S.P. Polens) abgelehnt. Der Exekutive der S.A.J. lag außer dem begründeten Vorschlag der I.W.P. und der ablehnenden Antwort der Labour Party ein ausführliches Memorandum des Sekretärs der S.A.J. vor. Die Exekutive beschloß, auch dieses Memorandum der Öffentlichkeit zu übergeben, und behandelte dann eine Reihe von Fragen, die einzelne Länder betreffen. Sie nahm unter anderem einen Bericht der bulgarischen Sozialdemokratie über den Kampf für die Amnestie entgegen, in dem konstatiert ist, daß die Aktion, für die sich die Sozialdemokratie mit aller Kraft eingesetzt hat, schon einen wesentlichen Erfolg gehabt hat. Erwähnenswert ist die Abhaltung einer Konferenz zur Behandlung der Organisation des sozialistischen Nachrichtenendienstes.

Die nächste Sitzung des Bureaus der S.A.J. wird in London am 17. Mai 1936 zusammenzutreten. Am Schluß der Tagung wiederholte der Genosse Henderson die Einladung der englischen Labour Party an die sozialistische Arbeiter-Internationale, ihren nächsten internationalen Kongress im Jahre 1937 in London abzuhalten. Die Einladung wurde einstimmig angenommen.

Die deutsch-tschechische Frage vor der Minderheitskommission.

Zürich, 13. April. Nach dem offiziellen Kommuniqué über die gestrige Sitzung der Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale, welches erst heute der Presse zugänglich ist, wurde das umfangreiche Memorandum der tschechoslowakischen und deutschen sozialdemokratischen Partei in der Minderheitskommission übergeben, die ihren Bericht über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung der Exekutive erstatten soll.

Das Panama im Berliner Monturdepot. Die Fehlerhaftigkeit der Lieferungen der Firma Franke zugegeben.

Brünn, 13. April. Heute wurden die letzten Zeugen einvernommen, und zwar der General Bedel und der Major Homolka aus dem Verteidigungsministerium, die speziell darüber befragt wurden, ob das Ministerium die raschere Uebernahme der Waren ohne genaue Ueberprüfung gestattet oder geradezu angeordnet habe. General Bedel bestätigte, daß im Juni 1923 derartige Erlässe herausgegeben sind. Ferner bestätigt der Zeuge auch unsere Behauptung, daß es erlaubt wurde, bis zum 10. Jänner gelieferte Waren auf dem Lieferchein als bis 31. Dezember geliefert zu bezeichnen, damit sie aus dem Budget des vorhergegangenen Jahres bezahlt werden könnten. Nachmittags nahm der Gerichtshof einen Beschlagnahmebefehl im Monturdepot vor.

Das Militärkommando gab heute abends ein Kommentar zu den Lieferungen der Firma Franke in Böhmisch-Trübau aus, in dem zugegeben wird, daß die gelieferten Waren mangelhaft waren. Im übrigen bewegt sich das Kommando auf dem Niveau üblicher Dementis.

Um jeden Preis gegen die deutsche Sprache.

Wir haben bereits am 11. April 1926 berichtet, daß die Ostrauer Gemeindevertretung die Festsetzung der tschechischen Sprache als alleinige Amts- und Verhandlungssprache beschloß, den Antrag unserer Genossen, daß wenigstens deutsche Eingaben auch deutsch erledigt werden sollen, ablehnte und schließlich auch die Uebertragung der Anträge ins Deutsche, worauf die Minderheit nach Art. 80 der Sprachenverordnung rechtlichen Anspruch hat, glatt verweigerte. Dieses Vorgehen, insbesondere die letztere offene Widerrechtlichkeit sucht nun der Bürgermeister Profes im „Duch Ostru“ vom 11. d. M. damit zu entschuldigen, daß die Gemeinde M.-Ostrau keine qualifizierte Minderheit aufweise. Diese Behauptung ist unrichtig. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahre 1921, auf welche sich Profes selbst beruft, zählt M.-Ostrau im ganzen 113.703 Einwohner, davon sind 100.438 tschechoslowakische Staatsbürger und von diesen 22.183 Deutsche, also mehr als 22 Prozent. Profes zählt aber bei der Gesamtsumme die Ausländer mit, bei den Deutschen nur die Staatsbürger, so daß er auf eine Minderheit von bloß 19.51 Prozent Deutscher kommt. Diese Berechnung, die auf den ersten Blick als ungerade zu erkennen ist, widerspricht dem Sprachengesetz und der Verordnung, § 2 des Gesetzes definiert als Bezirk mit qualifizierter Minderheit einen solchen, „in welchem nach der letzten Volkszählung wenigstens 20 Prozent Staatsbürger derselben, jedoch einer anderen als der tschechoslowakischen Sprache wohnen“. Sektionschef Hartmann, der Verfasser der Sprachenverordnung, also gewiß ein maßgebender Kommentator, bemerkt hierzu: „Bei der Berechnung der 20 Prozent wird also nicht die gesamte Bevölkerung berücksichtigt, sondern nur die im Bezirk wohnenden Staatsbürger“ (Predbohn jazyskovo-prava, S. 44, Anm. 6) Im Art. 70 der Verordnung, welcher von der Geschäftssprache der Gemeinden handelt, wird die qualifizierte Minderheit genau mit denselben Worten umschrieben, wie im § 2 des Gesetzes und wenn es im Art. 80 einfach heißt, „20 Prozent Staatsangehörige der betreffenden Sprache“, so kann natürlich diese Wendung auch nichts anderes bedeuten, als daß die qualifizierte Minderheit dann gegeben ist, wenn von den in der Gemeinde wohnenden Staatsbürgern 20 Prozent der Minderheit angehören. Mährisch-Ostrau hat also eine qualifizierte Minderheit, wobei wir gar nicht den Instand betonen wollen, daß unter den 13.000 Ausländern natürlich zahlreiche Deutsche sind, deren Anwesenheit nach der sonderbaren Berechnung des Bürgermeisters Profes dazu führen würde, die deutsche Minderheit zu verkleinern. Nach dem geltenden Rechte kommt es eben nur auf das Zahlenverhältnis der Staatsbürger an und danach hat Ostrau eine 22prozentige deutsche Minorität, welcher die Gemeindevertretung selbst die tschechischen Rechte rauben will, die das Gesetz ihnen zugesichert. Wir stellen diese Tatsache einfach fest, ohne daran eine Kritik zu knüpfen und überlassen es den tschechischen Genossen, zu beurteilen, ob das Verhalten ihres Führers Profes der nationalitischen Einstellung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie entspricht.

Die Bedeutung der Beamtenvorlage.

Wie bekannt, hat das Finanzministerium die Bedeutung der Staatsangestelltenvorlagen mit 700 Millionen Kronen angegeben, wozu noch die Erhöhung der Lehrgelalte in der Höhe von 440 Millionen Kronen kommt. Das wären zusammen 1140 Millionen Kronen Mehrausgaben, deren Bedeutung gefunden werden müßte. Wie nun die „Rová Doba“ erfährt, entsprechen die angeführten Riffern des Finanzministeriums nicht den Tatsachen. In Wirklichkeit erfordert, wie sich das Blatt bei makabrenden Faktoren erkundigt hat, die Staatsangestelltenvorlage einen Betrag von nur 570 Millionen, die Erhöhung der Lehrgelalte von 139 Millionen, zusammen also von 709 Millionen Kronen. Zur Bedeutung dieser Summe genügen also — wie das Blatt schreibt — die Zuckerrabgabe (ohne daß eine Verteuerung, aber auch eine Verbilligung des Zuckers, die auf Grund der niedrigeren Rübendpreise möglich und selbstverständlich wäre, eintritt, D. Red.) und die Ersparnisse im Ministerium für nationale Verteidigung.

Tagesneuigkeiten.

Einen Borgeschmack von der Diktatur

erhielt die tschechische Bourgeoisie verwichenen Montag. Es kam ganz unerwartet und ungewollt. Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf und wie Josef die sieben magere Jahre Regiments im Traume vorausah, so bot sich den Strikbrn-Demokraten durch einen rätselhaften höheren Einfluß plötzlich ein Ausblick ins geeignete Land der Diktatur. Die „Prager Presse“ aber hat die traurige Pflicht, es allen Freunden und Bekannten der „Wahlreform“ publik zu machen, daß die Diktatur im Ausland dem Zusammenbruch der Tschechoslowakei gleich gewertet wird. Ein Wiener Montagblatt, dem die „Prager Presse“ vielleicht mit Recht, sicher aber nicht als die berufene Instanz, eine schlechte Zeugnisnote ausstellt, hatte das Gerücht ausgebreitet, in Prag sei die Diktatur erachtet worden und der General Gajda habe sich zum Diktator proklamiert. Daraufhin setzte an der Wiener Börse ein Kurssturz der tschechischen Papiere ein, der sich nach Prag übertrug, ohne daß die Zinsoptionäre wußten, warum die tschechischen Papiere sinken. Erst nach einigen Stunden erfuhren Wien und Prag die gegenseitigen Zusammenhänge. Die „Prager Presse“, die so gern das Gegenteil mitgeteilt hätte, lenkt ihren Unmut auf die Wiener ab, die dem üblen Scherz Glauben schenken und schreibt:

„Der Umstand, daß sich die Wiener auch nur einen Augenblick von so etwas blaffen ließen, muß aber doch in Erstaunen setzen. Prag ist von Wien heute nur eine Flugstunde entfernt. Es scheint, daß zwar die Entfernungen auf diesem Planeten immer kleiner werden, daß es aber mit dem Verstande jener, die nicht alle werden, nicht besser werden will.“

Der „Umstand“ sollte gerade die „Pr. Pr.“ nicht in Erstaunen versetzen. Wenn man die Demokratie des Wahlrechtsraubes propagiert, muß man auf derartige Gerüchte schon gefaßt sein. Es sind nicht alle so naiv wie die Herren von der „Prager Presse“, die es vielleicht noch in Erstaunen versetzt, wenn das, was in Wien nur Gerücht war, Tatsache würde. Hoffentlich ist das Gerücht und seine Folgen eine Warnung für jene unternehmungslustigen tschechischen Politiker, die leider auch nicht alle werden!

Etwas für die Auslanddelegierten.

Nach dem Bericht der „Pravda“ hat der russische Finanzkommissar Zolotnikow auf dem Parteitag der russischen Kommunisten u. a. also gesprochen:

„Die Staatswirtschaft deckt sich bei uns keineswegs mit der Industrie allein. In den Händen des Staates befinden sich außerdem die Eisenbahnen, der Außenhandel, der Binnenhandel, das Kreditwesen. Und nun frage ich Sie: Verwandeln sich die Eisenbahnen, die ehemaligen Staatsbetriebe unter dem Jaren, in dem Augenblicke, wo sie in die Hände einer neuen Gewalt, einer Arbeitergewalt, übergehen, in eine sozialistisch organisierte Wirtschaftseinheit? Nein, keineswegs! Es sind lediglich die Bedingungen der Entwicklung des Sozialismus geschaffen worden, wie dies von Lenin gelehrt wurde. — Es kann auch kein Zweifel bestehen, daß gegenwärtig

kein einziger Fabriksbetrieb bei uns als sozialistisch organisierter Betrieb bezeichnet werden kann . . .

Unser Außenhandel wird gleichfalls wie ein staatskapitalistisches Unternehmen geleitet. Auch unsere inneren Handelsorganisationen sind staatskapitalistische Unternehmungen. Und ich muß sagen, daß die Staatsbank genau ein ebensolches staatskapitalistisches Unternehmen ist. Unser Geldsystem ist vollständig auf den Grundfragen der kapitalistischen Ökonomie aufgebaut.

Die Proklamierung der Diktatur des Proletariats und die Ergreifung der Macht bedeuten keineswegs, daß dadurch eine grundlegende Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens herbeigeführt worden ist.

An dem Prozeß der Produktion und Reproduktion nimmt nicht nur der Staat, sondern auch das Privatkapital teil. Die Realisierung der Produktion vollzieht sich in bedeutendem Maße mit Hilfe des Privatkapitals. Unser gesamtes Wirtschaftssystem ist, soweit es mit der Warenwirtschaft und dem Kreditwesen verknüpft und von gelblichen Beziehungen durchdrungen ist, mit den Elementen der privaten kapitalistischen Wirtschaft verknüpft. Wir haben die Möglichkeiten einer festen, planmäßigen Leitung überschätzt; wir wollten solche Pläne diktiert, die dank der ungeheuren Macht der anarchischen Elemente der klein-kapitalistischen Warenwirtschaft sich in unserem Wirtschaftssystem als undurchführbar erwiesen haben.

Wir müssen die für uns sehr unangenehme Tatsache anerkennen, daß die Entwicklung der kapitalistischen Beziehungen und die Entfaltung der Warenwirtschaft auf dem flachen Bande sich in weit schnellerem Tempo vollzieht als die Entwicklung des Genossenschaftswesens.“

Neue Erleichterungen für das Privatkapital.

Aus Moskau wird gemeldet: Der Oberste Wirtschaftsrat erwacht es für nötig, daß die Bedingungen für die Teilnahme des Privatkapitals

Der Abbau der deutschen Staatsangestellten.

Statistische Rundblicke der Regierungspresse.

Die „Prager Presse“ veröffentlicht in ihrer Folge vom 11. April eine statistische Zusammenfassung der Zahl der Staatsangestellten vor dem Abbau und die Zahl der Abgebauten, wobei stets angeführt ist, wie viele deutsche Staatsangestellte es vor dem Abbau gegeben hat und wieviel deutsche Staatsangestellte abgebaut sind. Danach wären bei den Eisenbahnen vor dem Abbau 197.000 Angestellte gewesen, davon 35.580 oder 18 Prozent Deutsche. Abgebaut wurden angeblich 18.760, davon 4430 Deutsche, das sind 23,5 Prozent. Bei der Post waren vor dem Abbau 31.126 Angestellte, davon 7821 Deutsche oder 25 Prozent, abgebaut wurden 5068, davon 1138 oder 22,5 Prozent Deutsche. Im Finanzwesen waren vor dem Abbau 39.530 Angestellte, davon 10.282 Deutsche oder 26 Prozent. Abgebaut wurden 4000 davon 1372 Deutsche oder 33 Prozent. Im Justizwesen gab es vor dem Abbau 9219 Angestellte, davon 1716 Deutsche oder 18,6 Prozent. Abgebaut wurden 393, davon 89 Deutsche oder 22,5 Prozent.

Diese Ziffern haben naturgemäß keinen anderen Zweck, als darzutun, daß den Deutschen beim Abbau kein Unrecht geschehen ist, und daß ungefähr nur soviel Deutsche abgebaut wurden, als dem Anteil der deutschen Beamten am gesamten Beamtenstand, beziehungsweise der Deutschen an der Bevölkerungszahl des Staates entspricht.

Es wird sich noch Gelegenheit geben, die Ziffern der „Prager Presse“ zu überprüfen, vorläufig kann aber jetzt schon darauf hingewiesen werden, daß es die „Prager Presse“ mit der Statistik nicht ganz genau nimmt, wenn es gilt die Politik der Regierung, beziehungsweise die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung und die Gewaltmaßnahmen gegen arbeitende deutsche Menschen zu rechtfertigen. Die Redaktion der „Prager Presse“ hat nämlich vergessen, daß sie

am 21. Feber, also vor nicht ganz zwei Monaten, eine Statistik der Anzahl der Staatsangestellten gebracht hat, die mit den Ziffern in demselben Organ vom 11. April aber ganz und gar nicht übereinstimmt.

Am 21. Feber gab die „Prager Presse“ die Anzahl der Angestellten der Eisenbahnen mit 164.994 an, am 11. April aber 197.000. Dasselbe bei den anderen Angestelltenkategorien. Bei der Post waren vor dem Abbau nach der „Prager Presse“ vom 21. Feber 41.255 Personen angestellt, nach der „Prager Presse“ vom 11. April jedoch 31.126. Bei der Justiz waren nach der „Prager Presse“ vom 21. Feber 8758, nach der „Prager Presse“ vom 11. April jedoch 9200 Personen angestellt. Während die „Prager Presse“ vom 21. Feber auch die Angaben der bei der politischen Verwaltung, im Schul- und Kultuswesen, in den Charitätsanstalten und anderen Staatsbetrieben

an der Industrie dadurch erreicht werden, daß es Privatindustriellen erlaubt würde, kleinere Fabriksbetriebe zu bauen und daß die Nachstrafen für Privatpächter, welche die Produktion gut zu organisieren verstehen, verlängert werde, so wie, daß den Privatindustriellen günstigere Kreditbedingungen gewährt werden. Zur Belieferung der Privatindustrie mit Rohstoffen soll eine Aktiengesellschaft unter Beteiligung des Staatskapitals gegründet werden.

Mordanschlag gegen einen sozialdemokratischen Vertrauensmann

im österreichischen Ort Eichgraben.

Die politische Verhöhnung, die von den Christlichsozialen in Oesterreich betrieben wird, ist nun bis zum Mordanschlag gediehen. In Eichgraben, wo jetzt Neuwahlen in den Gemeinderat bevorstehen, wurde der Lokalobmann unserer Partei, der frühere Gemeinderat Alois Gyuran, aus dem Hinterhalt angeschossen. Nur ein glücklicher Zufall hat es gefügt, daß die Kugel zwischen Arm und Brustkorb ihren Weg nahm und in den Tüchtock einschlug, an dem Gyuran eben eine Arbeit verrichtete. Daß es sich dabei um einen politischen Anschlag handelt, beweist die Tatsache, daß ein gewisser Lahnitz, der vor vierzehn Tagen wegen Gewalttätigkeit vor Gericht stand und verurteilt wurde, das Geständnis ablegte, er hätte die Absicht gehabt, Gyuran, „den roten Hund, niederzustoßen“. Tatsächlich wurde dieser Lahnitz wiederholt beobachtet, wie er dem Genossen Gyuran, der etwas außerhalb des Ortes wohnt, auflauerte. Einmal wurde Gyuran bereits überfallen und von Christlichsozialen durch den Rade heruntergestoßen. Durch Zufall wurde auch bekannt, daß gegen einen zweiten sozialdemokratischen Funktionär ein Anschlag geplant ist. Einer der Christlichsozialen Wacker in Eichgraben wurde deshalb vor kurzem verwarnt.

Nachbarnleute des Genossen Gyuran, unter ihnen Christlichsoziale, waren Zeugen des Vorfalls. Der Mordanschlag wurde der Staatsanwaltschaft angezeigt, die übrigens die Untersuchung nach der Richtung führt, ob Lahnitz seine Mordabsicht nicht im Einverständnis mit andern durchführen wollte.

Hoher Besuch in Prag. Strzynski, der polnische Ministerpräsident, macht eine kleine Reise und suchte dabei gestern auch Prag heim.

Angestellten angibt, fehlen diese Angaben in der „Prager Presse“ vom 11. April vollständig.

Das genügt wohl schon, um die Glaubwürdigkeit der Angaben der „Prager Presse“ zu erschüttern und zeigt, daß für die Herren in der „Prager Presse“, beziehungsweise für die Betreiber dieses Blattes, die Statistik nur ein Mittel ist, um die Deffenlichkeit und vor allem das Ausland zu täuschen.

Aber auch die Veränderungen, die der Abbau der Staatsangestellten bei den einzelnen Kammern in den Orten hervorgerufen hat, beweisen, daß die Angaben der „Prager Presse“ aus dem Finger gefogon sind und mit der Wirklichkeit in schreiendem Widerspruch stehen. Wir wollen dafür einige Beispiele aus einzelnen Eisenbahnstationen anführen. So wurden abgebaut in Komotau 49 Deutsche und 2 Tschechen, in Karlsbad II 46 Deutsche und kein Tscheche, in Aussig II 61 Deutsche und 4 Tschechen, in Leimery II 26 Deutsche und kein Tscheche, in Falkenau 47 Deutsche und kein Tscheche, im Heihsaus Eger 61 Deutsche und 5 Tschechen, in der Werkstätte Aussig 102 Deutsche und 13 Tschechen, in der Werkstätte Komotau 113 Deutsche und 7 Tschechen, in der Werkstätte Bodenbach 84 Deutsche und 2 Tschechen, in Rumburg 99 Deutsche und 4 Tschechen, in Leipa 116 Deutsche und 5 Tschechen, in Eger 86 Deutsche und 1 Tscheche, in Karlsbad oberer Bahnhof 27 Deutsche und kein Tscheche, in Karlsbad unterer Bahnhof 21 Deutsche und 1 Tscheche, in Niederlindewiese 47 Deutsche und 1 Tscheche, in Olmutz III 31 Deutsche und 1 Tscheche, in Olmutz I 37 Deutsche und 23 Tschechen, in Jägerdorf 39 Deutsche und kein Tscheche. Im jüdischen Gebiet der Direktion Königgrätz wurden auf Grund des Abbaugesetzes insgesamt 1114 Eisenbahner abgebaut, im tschechischen Gebiet 691.

Am Gesamtgebiete der Königgräzer Eisenbahndirektion wurden 1169 Deutsche und nur 636 tschechische Eisenbahner vom Abbau betroffen.

Auf der Strecke Prag—Eger wurden im deutschen Gebiet 276, im tschechischen Gebiet nur 70 Angestellte abgebaut, von den insgesamt 346 Abgebauten sind 280 Deutsche und 66 Tschechen.

Wir könnten diesen Angaben noch eine ganze Menge anderer hinzufügen und alle würden nur dasselbe beweisen, daß die deutschen Gebiete überall in unerhörter Weise durch den Abbau getroffen wurden, und daß die Zahl der abgebauten deutschen Eisenbahner in gar keinem Verhältnis zu der Zahl der abgebauten tschechischen Eisenbahner steht. Dasselbe gilt auch von den Angestellten aller anderen Zweige der Staatsverwaltung.

Auch hieraus kann also ersehen werden, wie verlässlich die Statistik der „Prager Presse“ ist. Es wird sich noch Gelegenheit geben, den Herrschaften auf die Finger zu klopfen und die Methoden dieser Sorte von Presse näher aufzuzeigen.

Was er eigentlich will, kann bei der herrschenden Geheimdiplomatie niemand wirklich sagen. Es verlaute, daß Strzynski sein Wirtschaftsabkommen schließen und den Beitritt Polens zur Kleinen Entente nicht vollziehen werde. Trotzdem wird sein Besuch als „hochpolitisch“ kommentiert und dem beschränkten Untertanenverstand überlassen, dem wahren Zweck auf die Spur zu kommen. Ein „Flugabkommen“ mit Polen kann wohl kaum der einzige Zweck der Reise sein, die immerhin nicht unbedeutend ist: für beide Teile nicht. Die Prager mußten Flaggen schmutz anlegen und sich festlich gebenden, der polnische Premier hatte alle jene Zeremonien zu übersehen, die wir aus den vorbildlichen Zeiten der Monarchenbesuche übernommen haben. Auf dem Bahnhof gab es eine große Begrüßung, zu der sich laut „Prager Presse“ „zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten eingefunden“ hatten, unter denen wieder einige so hervorragten, daß die „Pr. Pr.“ sie mit der im Hause Benedikt zu Franz Josefs Zeiten geprägten Einleitung vorstellen muß, „unter denen man u. a. bemerkte“. Es gab herzliche Affkationen, Begrüßung und Autofahrt auf die Burg. Immerhin mag sich manches Untertanenherz der Unkosten freuen, in die der Staat seine Bürger anlässlich des Besuches stürzt. Man mußte wohl oder übel vor dem Eintreffen Strzynskys Polen versöhnen und zum Schmachtschieß aus Polen freigeben. Und das lohnt wohl einen Ministerbesuch.

Hungerkünstler, Tanzphänomene, Dauerredner. Es gibt wenig Dinge, für die so viele Menschen sich so stark interessieren, wie für Reforme, für Höchstleistungen auf den verschiedensten Gebieten. Dabei müssen es nicht einmal Leistungen sein. Zum Beispiel pflegen die Menschen mit ziemlichem Interesse in ihren Zeitungen Nachrichten über den dicken Mann von Wien, die größte Frau von Amerika, den ältesten Bewohner Europas zu lesen. Es pridet und erfreut die Menschen, Zeitgenossen des stärksten Mannes, des geschicktesten Pferdes oder auch des höchsten Wollenträgers zu sein. Auf diese im Grunde genommen ja sehr harmlose Eigenschaften des Menschen spekulieren zum großen Teil jene, die in der letzten Zeit überhandnehmenden Reforme auf den unmöglichsten und unsinnigsten Gebieten aufstellen wollen, hauptsächlich, um sich damit Geld zu verdienen. Ein Berliner Hungerkünstler hat sich vor wenigen Wochen ein kolossales Vermögen verdient. Was in Berlin ungeheuren Erfolg beim Publikum erzielte, suchten bald andere dort und anderwärts nachzuahmen und womöglich zu überbieten. In Leipzig hungerte einer, der sich Harry Mel-

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Donnerstag.

Prag, 16.30: Nachmittagskonzert. 18: Deutsche Sendung, Dr. Oskar Schürer: Kritik der modernen Kunst. 20.02: Konzertabend des russischen Theaters „Arlekin“. Nachrichten. — Brünn. 19: Orchesterkonzert. 20.10: Heitere Lieder. — London. 21, 22, 23.20: Konzerte. — Paris. 13.30, 21.15, 21.45: Konzerte. — Berlin. 16.30: Konzert. 21: Kammermusik. — Leipzig. 20.15: Novellenkonzert. — Breslau. 16.30: Offenbach-Waldorfer-Nachmittags. 18: Literarische Jugendstunde. — München. 18.30 (möglichst auch 17.30 oder 18): Völsgrün. Frankfurt. 16.30, 20.15: Konzerte. — Wien. 11, 16.15, 19.30: Konzerte. 21.20: Vorträge des Schrammelquartetts Willi. — Zürich. 20.30: Die Entwicklung der Opernarte.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515

„Ich nannte, schon 32 Tage, bis man darauf kam, daß der Mann schwindelte, und durch Helfershelfer heimlich Nahrung zugeführt bekam. Man darf wohl annehmen, daß durch die Aufdeckung des Schwindels in diesem Fall die Hungerkunst ganz allgemein in Verfall geraten wird. Und man wird das wohl nicht bedauern, denn es ist doch eine der abscheulichsten Erscheinungen unserer Zeit, daß Leute anscheinend keinen anderen Weg finden können, sich ihr Brot zu verdienen, als indem sie keines zu sich nehmen können. Alle die hunderttausend Hungerkünstler, die es landaus und landin im Proletariat gibt, zur Schau stellen lassen — die Lokale der Großstädte reichen nicht aus, diese unfreiwilligen Kunstturner zu fassen. . . Es ist nicht uninteressant, daß außer im Hungern auch auf anderem Gebiete die Leute sich durch Reforme Ruf und vielleicht auch sonst noch was daneben gerade dort erwerben wollen, wohin der Zeitgeist treibt: die allgemeine Tanzwelt, die seit dem Kriegsschluß ausgebrochen ist, verführte einen Herrn Fernando in Berlin dazu, einen Reform auf dem Parkett aufstellen zu wollen, 130 Stunden wollte er durchhanseln; nach 29 Stunden war er kaputt und mußte seine „Kunst“, die niemandem nützte und ihm wahrscheinlich nur schadete, einstellen. Wenn einer kommen sollte, der dieses Vergnügen für die anderen 30 Stunden ansah, werden ihn die, die nicht alle werden und die bei solchem Reform doch wenigstens eine verlässlichere Kontrolle ausüben können, bewundern. Auch ein Dauerredner hat sich in Berlin etabliert. Sechs Tage will der Mann ununterbrochen reden (ohne durch irgend eine Obstruktionspartei hierzu verpflichtet worden zu sein). Er spricht auch nicht im Parlament, sondern im Berliner Lustgarten; fragt sich nur, was mehr Lust bereitet: sechs Tage zu reden oder einen solchen Reformmeister anzuhören. Nun fehlt nur noch einer, der sechs Wochen Tarot spielt und einer, der sich durch ein Jahr zehnmal täglich die Reden Mussolinis anhört.“

Auch deutsch und ungarisch Verhandlungssprache in der Preßburger Gemeinde. Zu Beginn der letzten Sitzung der Preßburger Stadtvertretung wurde beschlossen, im Sinne des § 76 der Sprachenverordnung in der Stadtvertretung, im Stadtrat und in den einzelnen Ausschüssen neben der Staatsprache die deutsche und die magyarische Sprache anzuerkennen, ferner alle Eingaben, die in einer dieser Sprachen abgefaßt sind, entgegenzunehmen und in der gleichen Sprache zu erledigen.

Sage mir mit wem du umgehst — Auch wenn es Mussolini nicht sagte, so wüßte man, wer er ist. Er tut aber ein übriges und sagt uns, wohin ihn die Liebe zieht. Bei seiner Rede in Tripolis erklärte er öffentlich, er verifiziere den Gouverneur De Bono seiner „Freundschaft und brüderlichen Ergebenheit“. Das ist derselbe De Bono, der an der Ermordung Matteottis nicht unschuldig ist. Er wurde wegen der unerhörten Zustände, die unter seiner Direktion bei der Polizei herrschten und die allein die Schandtat möglich machten, seines Postens entsetzt. Er fiel aber nach oben und wurde Gouverneur von Tripolis. Sobald die Mörder aus dem Gefängnis sein werden, dürfte Mussolini auch ihnen seine Freundschaft ausdrücken.

Keine Elektrische am 1. Mai. Die Frage, ob die elektrische Bahn in den Städten Prag und Brünn am 1. Mai verkehren soll, bildet seit längerer Zeit den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Angestellten und der Leitung der elektrischen Bahnen in den beiden Städten. Es ist anzunehmen, daß diese Verhandlungen zu dem Resultat führen werden, daß weder in Prag noch in Brünn am 1. Mai die elektrische Straßenbahn verkehren wird. In Brünn haben der Arbeiterorganisationen beschlossen, daß der Verkehr am 1. Mai vollständig eingestellt werden und die Arbeiter den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe feiern wird. In Prag wurde in der Sitzung der Stadtvertretung am Dienstag über die Frage eingehend verhandelt. Der tschechische Sozialdemokrat Trdlo wandte sich entschieden gegen die Absicht des Verwaltungsrates, die Straßenbahn am 1. Mai verkehren zu lassen und stellte den Antrag, daß die Elektrische an diesem Tage nicht fahren und daß den Angestellten der freie Tag voll bezahlt werden soll. Der Präsident des Verwaltungsrates der Elektrischen, der tschechische Sozialist Ing. Melzer, wollte die Angelegenheit der Entscheidung des Verwaltungsrates überlassen. In der weiteren Debatte sprachen sich die Nationaldemokraten gegen den Antrag Trdlo, die Kommunisten dafür aus. Schließlich wurde der Antrag Trdlo mit Mehrheit angenommen.

Eine Tragödie. Der Volksschullehrer Arnold Sanger ging dieser Tage von einer Theaterunterhaltung von Laubendorf nach Schönbrunn. Die Straße führt durch den zum staatlichen Großgrundbesitz in Distrikts gehörenden Wald, bei dem Bad Schönbrunn vorüber. Einige Schritte vor Ende des Waldes betrat er bei dem Badereinstaurateur Weiss bedienstete Kuischer Dr. Kusla, von einem die Straße abführenden Fußweg kommend, die Straße. Der Lehrer Sanger, welcher als furchtsamer und nervöser Mann bekannt ist, ging auf der entgegengesetzten Straßenseite und war im ersten Augenblick der Meinung, es sei ein Ueberfall auf seine Person geplant. Er zog den Revolver, rief an und gab in seiner Aufregung zugleich zwei Schüsse ab. Mit dem Ausruf „Nicht schießen, ich bin es!“ stürzte der Kuischer Kusla, in die Bauchgegend getroffen, zusammen. Erst jetzt erkannte der Lehrer den Getroffenen, er lies in das 10 Minuten entfernte Schönbrunn, um Hilfe für den Verwundeten zu holen. Mit Hilfe eines Hegers und des Täters wurde der Verletzte in das Krankenhaus nach Pöchlitz geführt und sofort operiert. Sein Zustand ist beinahe hoffnungslos. Bei anbrechendem Tag fand ein Genbarmeriewachmeister auf seinem Patrouillengang den Lehrer mit durchschossenem Kopf am Tatorte auf. Er hatte in Verzweiflung über seine Tat Selbstmord begangen.

Drahllose Bildübertragungen Wien-Paris. Gestern nachts fanden zwischen Wien und Paris offizielle Bildübertragungsversuche nach dem System Berlin durch die Kabog statt. Zuerst wurde von Wien nach Paris und Graz das Bild des Bundespräsidenten Dr. Hainisch mit seiner Unterschrift gesandt. Nach Bestätigung des Empfanges der Bildtelegramme sandte Paris nach Wien, und zwar ebenfalls Bildtelegramme, darunter eine handschriftliche Depesche des Kriegsministers Painlevé an Bundeskanzler Dr. Kamel.

Stillschließungsverbrechen. Donnerstag erfuhr eine in Wien fremde 18jährige Hausgehilfin drei Burschen um Auskunft, wo sich das städtische Werkhaus in Favoriten befindet. Daraufhin lockten die Burschen das Mädchen unter dem Vorgeben, es in das Hof zu führen, in die Stütze eines Nachtwächters, jagen, ohne daß es der mit ihnen nur sichtlich bekannte Nachtwächter und der sich in seiner Gesellschaft befindliche Hilfsarbeiter Franz Pauluska verhindern, das Mädchen in die anstehende Kammer der Stütze. Dort knielten sie das Mädchen und vergewaltigten es; ein vierter Bursche, der hinzukam, verging sich gleichfalls an dem Mädchen. Das Mädchen, das das Bewußtsein verloren hatte, wurde dann um Mitternacht von den Burschen auf die Gasse getragen und auf den Gehsteig niedergelegt. Dort wurde sie gegen 11 Uhr früh von der Sicherheitswache aufgefunden und zum Polizeikommissariat Favoriten gebracht und von hier in das Spital übergeführt, da es infolge schwerer psychischer und physischer Depression nicht imstande war, sich fortzubewegen. Durch Erhebungen gelang es noch am gleichen Tage, sämtliche Beteiligten auszuforschen und, mit Ausnahme eines einzigen, zu verhaften. Sie sind ein Schmiedehilfsgehilfe, zwei Tischlergehilfen und ein Hilfsarbeiter.

Anna Csilag hat einen Bubikopf. Anna Csilag, die vielgenannte Reklamefigur der letzten Jahrzehnte mit „ihrem 185 Zentimeter langen Niesen-Borelephanten“ hat sich nach einer Reklame aus Wien einen „Bubikopf“ schneiden lassen, und zwar, weil sie an Kopfschmerzen infolge der großen Haarlast litt. Anna Csilag, die seit Jahren in Wien wohnt, ist am Montag 76 Jahre alt geworden und kann auf das 50jährige Jubiläum ihrer Reklametätigkeit zurückblicken.

Die Ausbreitung der Feuerbestattung. Wie aus dem Jahresberichte des dänischen Vereins für Feuerbestattung hervorgeht, ist auch in Dänemark die Zahl der Anhänger der Feuerbestattung in stetem Wachsen begriffen. Die im verflossenen Jahre in Kopenhagen stattgefundenen 939 Leichenverbrennungen umfassen 13 Prozent aller Todesfälle in diesem Zeitraum.

Eine Tiertragödie auf hoher See. Ein furchtbarer Atlantiksturm, in den der englische Frachtschiff „Manchester Producer“ hineingeriet,

hat der ganzen Fracht von 300 Stück Rindvieh das Leben gekostet. Das Frachtschiff geriet schon bald außerhalb des Hafens von Halifax in einem Sturm, und Schiff und Mannschaft waren in Gefahr, unterzugehen, so daß man sich entschließen mußte, die ganze Ladung an Tieren zu opfern. Ein englischer Abenteuerer, Sohn einer bekannten Londoner Familie, der als Stallmann an Bord war, erzählte, als das Schiff in einen englischen Hafen geschleppt wurde, die Tragödie der Tiere an Bord: „Die eine verlorene Seele heulte der Wind, und die Wogenstämme stiegen herab. Es war einfach unmöglich, das Deck in diesem Regen zu begehen, und fast vier Tage lang mußte das Vieh fast ohne Fraß und Trunk zubringen! Was wir an Nahrung herausschaffen konnten an die Stallungen auf dem Oberdeck, wurde in alle Winde zerissen, oder es wurde durch die Zerlegung durch Salzwasser einfach ungenießbar. Den Tieren zuliebe steuerten wir anderen Kurs, einen Untweg, um der schwebenden See zu entgehen. Dieser Versuch, das Schicksal der Tiere zu erleichtern, war unser Mißgeschick, denn das Steueruder brach unter der erbarmungslosen See. Steuerlos trieben wir in schwerer See dahin, und so beschloßen wir, die Tierladung an Deck zu opfern. Wir trieben sie daher an die Reeling, aber sie schienen zu fühlen, daß es in den Tod ging, und sie kämpften jämmerlich um ihr Leben. Mit ihren Vorderfüßen klammerten sie sich an der Reeling an, und andere liefen zurück, der Stallgabeln und anderer Werkzeuge nicht achtend, die wir ihnen entgegenhielten. Die Tiere, die von den Wogen nicht über Bord geworfen wurden, mußten durch einen Kran über Bord geworfen werden, und wir mußten zusehen, wie sie mit den Wogen kämpfend untergingen.“

Wetterübersicht vom 13. April. Montag herrschte in der ganzen Republik heiteres Wetter ohne Niederschläge vor. Die Temperatur ist noch auf niedrigem Stande, im Durchschnitt etwa 2 Grad Celsius unter dem Normalwert, hauptsächlich unter dem Einfluß der starken nächtlichen Abkühlung. Dienstag früh herrschte wieder fast in allen Gegenden der Republik Frost. In West- und Mittelböhmen erreichte das Minimum Null Grad, im Stroomgebiet der March minus 3, in den Bergsejeln der Slowakei minus 4 Grad. — Wahrscheinliches Wetter vom Mittwoch: Schön, sonnig, Erwärmung.

Ein Wort zum Vortragswesen
Von Dr. Jakob Ritter.

In bezug auf sozialistische Bildungsarbeit gibt es grundsätzlich ebensoviele Kompromißmöglichkeiten wie in allen andern Fragen des gesellschaftlichen Lebens. Dies müßte ein für allemal festgehalten werden und jedes von diesem Grundsatze abweichende Verhalten kann nur opportunistische Tendenz haben. So wird in den Gemeindebildungsausschüssen, in denen wir nicht die Mehrheit haben, unsere Tätigkeit vorwiegend negativ, schrankenlegend und überwachend sein. Ja, selbst dort, wo wir führend sein können, werden wir nicht selten dem Einflusse des traditionellen bildungsmächtigen Bürgertums unterliegen. Während uns aber dort, wo wir zur gemeinsamen Arbeit mit dem Bürgertum gezwungen sind, die dem Strafverhältnis entsprechenden Schranken gezogen sind, müssen wir uns in allen eigenen, im Rahmen der Partei verwirklichten Bildungsbestrebungen vom Einflusse des Bürgertums völlig frei zu halten suchen: vor allem in unserem Vortragswesen. Das Wort von der voraussetzungslosen Wissenschaft ist nicht wahr. Es gilt kaum von der Forschung auf allen Gebieten. Wissensvermittlung aber dient stets praktischen Zwecken; irgendwie soll es seine Verwendung im Leben des einzelnen Menschen oder der Gesellschaft finden und sei es auch nur zur Deutung der Welt der Erscheinungen, die sich letzten Endes doch einmal praktisch auswirken; denn nur so wird Wissen

fruchtbar und nur fruchtbares Wissen ist der kommenden Gesellschaft zu vermitteln. Die Voraussetzung, unter der wir Wissen vermitteln, ist der Sozialismus. Das bedeutet nun freilich nicht, daß wir die Wissenschaft gewaltsam umbiegen. Wir haben ein schlagendes Beispiel gewaltamer Umbiegungsversuche in der Kirche. Aber die Kirche ist konservativ. Für sie war die Umdeutung der Wissenschaft — die in ihrer Tendenz stets fortschrittlich ist — zu allen Zeiten ein Gebot der Selbsterhaltung. Für uns dagegen liegen Sozialismus und Wissenschaft in gleicher Richtung. Und aller Fortschritt des Wissens ist zugleich ein Schritt zum Sozialismus. Wir haben gar nichts anderes zu tun, als dem Pulsschlag des neuen Lebens zu lauschen, der uns aus jedem Fortschritt der Wissenschaft entgegenläuft. Aber wie die Kirche, soweit es in ihrer Macht war, die Vermittlung des Wissens stets nur den in ihrem Sinne Berufenen anvertraute, so mühten auch wir es tun. Hier ist der einzige Boden, auf dem wir es der Kirche nachmachen sollten. Wissensvermittlung durch Männer und Frauen unserer Kirche; denn über eine gewisse Grenze kann auch der fortschrittlichste bürgerliche Vertreter der Wissenschaft nicht hinaus. Aber gerade dort, wo für ihn die Möglichkeit konsequenter Weiterdenkens aufhört, beginnt für den Sozialisten die Fruchtbarmachung des Wissens. Hierin sind wir viel zu tolerant; denn wir unterschätzen aufs Ärgste den Fettschmelzcharakter des gesprochenen Wortes.

Wissensvermittlung durch Sozialisten. Das Verhältnis des Vortragenden zu seinen Hörern ist das gleiche, wie das zwischen Lehrer und Schüler. Und nur dann ist dieses von höchster Wirksamkeit, wenn ihm tiefere menschliche Beziehungen zugrunde liegen. Diese aber sehen unbedingt die innere Ausgleichung aller Gegensätze, die größtmögliche Beseitigung aller Machtunterschiede voraus. Jeder gute Lehrer muß stets imstande sein, auf das Niveau seiner Schüler herabzusteigen; er muß es auch tun, um die Schüler zu dem eigenen emporzuheben. In einer Handschriftensammlung las ich einmal den wundervollen Ausspruch Sonnenbals: „Keine wahre Liebe zur Kunst ohne wahre Liebe zur Menschheit.“ War Sonnenbals Sozialist? Fast sollte man es annehmen. Jedenfalls war er Künstler. Jeder gute Lehrer aber ist Künstler in seinem Berufe. Und welche tieferen menschlichen Beziehungen hat der bürgerliche Vortragende zu einem sozialistischen Publikum?

Es ist kaum glaublich und doch ist es so: unsere Volksschicht ist ausgesprochen kapitalistisch eingestellt. Nicht allein die bürgerliche, meine ich. Es ist nicht unsere Sache, uns mit ihr zu befassen. Eigentliche Bildungsstätten besitzen wenige große Städte. Im allgemeinen geht die Anregung von bürgerlichen politischen oder unpolitischen Vereinigungen aus, denen auch die Durchführung überlassen ist und deren Motive verschiedenster Natur sind. Neben ihnen wirken die Gemeindebildungsausschüsse. Aber wie sieht es mit unseren eigenen Bildungsbestrebungen aus? Unsere Geldmittel sind sehr, sehr knapp; und doch müssen wir tätig sein. Allein wir dürfen nichts „riskieren“. Ein Vortragender stellt uns mehrere Vorträge oder vielmehr Titel von Vorträgen zur Verfügung „zur beliebigen Auswahl nach den vorherrschenden Interessen des Publikums“. Die Wahl fällt uns nicht leicht. „Vorherrschende Interessen des Publikums“, wie soll man dieselben nun feststellen? Halten wir uns an die Titel. „Herrliche Lichtbilder“, „Naturaufnahmen“, das ist schon etwas. „Wir wählen den „zugänglichsten“ Titel. Man steht, es geht ganz geschäftsmäßig zu. Nach die Höhe des Eintrittsgeldes läßt sich unter den gegebenen Anhaltspunkten entsprechend bemessen.

Die Frage nach den vorherrschenden Interessen des Publikums kann auch politischer ausgebrocht werden. Ich erinnere mich, einmal von einem Vortragenden nach der ungefähren Zusammensetzung des Publikums gefragt worden zu sein. Ich verstand die Frage und deutete an, daß

der überwiegende Teil der Hörer wohl Sozialisten sein dürften. Er dankte für den Wink und erregte nach keiner Seite Anstoß. Das Thema schien auch kaum einen Anlaß hierzu zu bieten; es handelte vom Kampf ums Dasein — in der Tierwelt. Auch Wandervorträge durch ferne Länder sind politisch ungefährlich. Nach dem Bildmaterial gibt es dort meist kein Proletariat und also auch keine Sozialisten. Die Ferne erscheint in üppiger Pracht gekleidet und in Seligkeit getaucht. Schwieriger zu behandeln sind schon Alkohol und Tuberkulose unter Rücksichtnahme auf die Zusammensetzung des Publikums. Aber am Ende muß es auch gehen.

Reinertragnis ist das höchste Ziel kaufmännischer Unternehmungen; auch ein Bildungsausschuss, der kein Reinertragnis erzielt, verliert seine Daseinsberechtigung. Aber kein guter Kaufmann ist, wer ohne Warenkenntnis und Warenprüfung kauft und verkauft. Freilich — der Käufer ist hier unberechenbar. Mitten in den Unterhandlungen über Mieterschub lauscht er gesamt einem Vortrag über Fabrikanten auf Sumatra. Und die Bewohnbarkeit der Planeten ist ein interessanteres Thema als die Bewohnbarkeit europäischer Kellerwohnungen. Es ist schwer, nicht satirisch zu werden.

Unser Vortragswesen muß zielbetrufter werden. Es darf vor allem nur von einem Gesichtspunkte ausgehen: Vermittlung wertvollen Bildungsgutes durch Sozialisten — stete Bezugnahme auf sozialistische Geistesrichtung — Außerachtlassung aller anderweitigen Motive. Die Wärme der Ueberzeugung muß den Grundton bilden. Sie müssen den Arbeiter aus ferner Weltweite in die Enge seines proletarischen Daseins, aus den Niederungen seiner beschränkten Welt auf die Höhen erdenmöglicher Existenz leiten; sie müssen sein Auge für das Seiende und für das Gewollte schärfen. Sie müssen das Söhnliche neben dem Schönen, das Wahre neben dem Falschen, das Gerechte neben dem Unrecht erscheinen lassen und ihm alle Vergleichsmöglichkeiten bieten. Sie mögen ihm die Mannigfaltigkeit der Naturerscheinungen offenbaren, aber sie dürfen nicht unterlassen, ihn auf das eine durchgehende Gesetz zu verweisen. Sie sollen ihn den Wandel der Zeiten erkennen lassen unter dem steten Hinweis auf die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und ihrer jeweiligen Anpassung an die erreichten Produktionsstufen. Sie sollen den Arbeiter zum Sozialisten machen, sie sollen Hilfe leisten im Klassenkampf. Sie müssen dem Arbeiter das sein, was dem wahrhaft frommen Kirchengänger die Predigt.

Diese Arbeit kann nur von Sozialisten geleistet werden. Nur wer in steter harter Selbsterziehung gewohnt ist, alle Erscheinungen der Umwelt, der Gegenwart wie der Vergangenheit, der engen Heimat wie der großen Welt, des eigenen Volkes wie fremder Rassen unter dem Gesichtspunkte zweckmäßiger, fortschreitender Entwicklung zu immer engerem Zusammenhange der Menschheit zu betrachten, kann Lehrer jener Gesellschaftsklasse sein, deren ganze Hoffnung in dem starken Glauben an diese Entwicklung liegt. Es müssen durchaus nicht die ersten Vertreter der Wissenschaft sein, die berufen sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Wer mächtig an den vitalsten Interessen des Arbeiters rüttelt, wer klaren Blicks die Dinge sieht, wie sie sind, darf gewiß sein, das „vorherrschende Interesse“ seines Publikums berührt zu haben. Mag selbst die strenge Wissenschaft dabei etwas schlimmer weglassen. Der Arbeiter ist kein akademischer Bürger. Das Beste des lebendigen Vortrags ist nicht das wissenschaftliche Detail, sondern der bleibende Eindruck, den er als Ganzes hinterläßt.

Und vor allem keine kapitalistischen Motive! Etwas mehr Opferwilligkeit der Gewerkschaften und der politischen Organisationen wird alle Bedenken über den materiellen Ausfall der Veranstaltungen schwinden machen. Opfer sind am Platze. Denn mehr als je bedürfen wir in Zeiten politischer Wankelmütigkeit der zielbetruften Aufklärung und Bildung des Proletariats.

Kleine Chronik.
Das Stethophon.

Durch eine neue Erfindung lassen sich jetzt Herzschläge für das Grammophon aufnehmen und können durch die Post an einen Spezialisten in einer entfernten Stadt zur Diagnose versandt werden. Doktor Richard Cabot von der Harvard Universität in Boston, hat ein außerordentlich sensitives elektrisches Stethophon konstruiert, das Stethophon genannt wird. Es macht die Herzschläge lauter, unterscheidet sie deutlich von den Geräuschen der Lunge und zeichnet sie auf der Grammophonplatte auf, wenn nötig mit Beobachtungen und Bemerkungen, oder es versendet sie auf drahtlosem Wege. Mit Hilfe solcher Grammophonplatten kombinierter der Arzt auch jetzt eine Sammlung charakteristischer Herzschläge und Geräusche in der Brust. Bis jetzt war es für die Herzärzte außerordentlich schwer, die Menge der Töne in der Brust zu unterscheiden. Das gewöhnliche Stethoskop war dafür nicht geeignet. Außerdem hatte es den Nachteil, daß nicht mehrere Herzen zugleich lauschen konnten. Das elektrische Stethophon zeichnet nicht nur die Laute auf, sondern trennt sie auch in zusammengehörige Gruppen. Außerdem kann der schwächste Laut vergrößert oder der stärkste gedämpft oder ganz ausgeschaltet werden. Der Apparat vermag ferner die geordneten Laut unverändert drahtlos zu senden mit der Diagnose des untersuchenden Arztes zu versenden, und 300 Hörer können die Vorlesung auf einmal empfangen. So vermag also ein Herzkrankter, dem nur ein Arzt beisteht, im Bett zu verbleiben, während ihn Hunderte von Ärzten und Studenten, unsichtbar und unhörbar, untersuchen.

Im Kriminalmuseum.

In den weiten, stufenstrigen Saal hinein dröhnt das Rollen der Stadtbahnzüge — ein Ton des Lebens in der Einsamkeit wädherner Verbrechenhöfe und stummer Bilder von Menschen, die ehemals waren und ihr Verbrechen mit dem Leben löschten. Nach Kategorien hängen sie geordnet an den Wänden: Lustmörder, Gift-, Verwandten- und Raubmörder. Jedes Bild ist mit einem Zettel versehen, auf dem die genauen Daten verzeichnet sind. Manchmal sind es harmlose Gesichter, wie man sie zu Tugendenden auf der Straße trifft, manchmal auch lassen sie geheime Wünsche und Strebungen ahnen. Einige lachen, andere sind gleichgültig. Ueber diesen Köpfen hängen Aufnahmen der Opfer, zerstückelte Glieder und zerrißene Leiber. Ein aufgedunsener Kopf grinst dem Beschauer entgegen, ein Mädchenkopf, der nicht relognoziert werden konnte. Ein anderer Kopf ist nachträglich zusammengesetzt worden. Man sieht die Nähte auf der Haut; die Augen sind gebrochen und glanzlos. Auf dem Schilde zeigt er Wunden von Messerstichen. Wie lebend wirkt der Kopf unter der Glasglocke; er ist nach einem neuen Verfahren präpariert, das die Gesichtsfarbe erhält. Der Mund bleibt krampfhaft verschlossen, als ob er nicht den Mut fände, den Schrei des Schmerzes hinauszulassen. Peilich und drönd ist die Luft in diesem Saale des Berliner Polizeipräsidiums, der als Kriminalmuseum eingerichtet ist, als Sammelstelle von Werkzeugen, die der kriminelle Mensch im Kampfe gegen die Gesellschaft brauchte oder die er zur Befriedigung seiner krampfhaften Triebe benutzte. Auf einem Brette liegen zwei Messer, gewöhnliche Küchenmesser, wie sie zum Kartoffelschälen verwendet werden. Mit ihnen zerteilt Großmann die Leichen der Frauen, die er

ermordet hatte. Da ist eine Drahtschlinge, mit der zwei Widder einen Förster in Döpreußen erwürgten, daneben wieder der Leuge, die einem harmlosen Zwecke diente. Wir sehen die Einbruchswerkzeuge der Brüder Strauß; Bohrer, Brechhaken neuester Konstruktion, Raschüssel und Dietriche, zerbrechliche Zangen, mit denen man die Schlüssel von außen im Schlüsselloch umdrehen kann, Waffen von Wilddieben, die Erfindungsgeist verraten: ein Gewehr, im Stille einer Hengabel, verborgen oder in einen unauffälligen Spazierstock, Pistole, die man Pistolen abgenommen hat; Roulette aus einem geheimen Spielklub aus einem Lebewinkel der Weltstadt. Man sieht Falsifikate von Banknoten: alte Hundertmarkscheine, holländische Gulden, französische Francs, Pfundnoten und Dollars, manchmal so geschickt nachgemacht, daß nur ein geübtes Auge die Fälschung entdecken kann. Aus der Inflationzeit erbilden wir Pakete, die nur an der einen Seite Ware enthalten, sonst aber mit Lumpen gefüllt sind, Kupferdrahtpulver aus Eisen, Zigaretten mit dem Schilde einer bekannten Firma, die an Stelle des Tabaks getrocknetes Laub enthalten, schließlich als Kuriosum ein Berg alter Zehntausendmarkscheine — Gewicht drei Penner, Goldwert ein Zehntel Pfennig! —, den die Berliner Polizei beschlagnahmte, der darin zu Reklamezwecken Zigaretten einpacken wollte.

Einer modernen Folterkammer gleicht die Sammlung von Instrumenten, die zur Befriedigung geschlechtlicher Lüste dienen. Mit raffinierter Phantasie hat sich hier ein kranker Trieb Werkzeuge geschaffen, um Erfüllung zu finden, die ihm sonst verschlossen. Fast alles stammt aus dem Nachlaß der Gräfin Strachwitz, die vor ungefähr zwanzig Jahren bei einem dieser Experimente unfreiwillig ihr Leben ließ. Sonst dienen Russen dazu der Menschheit zu

übermitteln, was schöpferischer Geist in vergangenen Tagen Großes leistete. Hier ist umgekehrt; hier wird gezeigt, was Menschen erfanden, dachten und taten, um um Leben und Besitz ihrer Mitmenschen zu zerstören. „Der Mensch ist das menschenhassende“, sagt ein großer englischer Denker, und „Der Mensch ist gut“ verkündet ein deutscher Dichter. Vielleicht haben beide Recht ...
Felix Scherret.

Eine eigenartige Feldenerziehung wurde dem 15-jährigen Löhnerchen des Leuchturmwärters von St. Pelens in England, der kleinen Ethel Langdon, zuteil. Als die Eltern bei einer Fahrt ans Land von einem Sturm überrascht worden waren, saß das Kind allein 3 Tage ohne Nahrung auf der Felseninsel und unterhielt sich trotz seiner Erschöpfung mit aller Energie das Leuchtfeuer am Trum. Die Leistung des kleinen Mädchens hat in ganz England, wo sich die „völkische“ Jugend auch über friedliche Feldenerzieher zu begeistern vermag, einen lebhaften Wiederhall gefunden, so daß sich am Leuchturm von St. Pelens ein ganzer Berg von Geschenken und Glückwunschsdepeschen aufgehäuft hat.

Ein Revolutionär aus dem 17. Jahrhundert. Auf einem Felsen an der Küste des Kaspiischen Meeres, nicht weit von Baku, soll ein Denkmal für Stepan Kasin errichtet werden, der im 17. Jahrhundert einen Bauernaufstand gegen die russische Zarenregierung organisierte. Kasin ist eine der vorzüglichsten Gestalten der älteren russischen Geschichte und der Held vieler Legenden und Volkslieder. Darunter auch des in Deutschland sehr bekannt gewordenen „Wolga-Liedes“. Die Kolossalstatue des Revolutionärs soll so groß sein, daß sie weithin auf dem Kaspiischen Meere sichtbar sein wird.

Volkswirtschaft.

Die Agrarier fordern Lohnabbau!

Geht es den Landwirten schlecht?

Die Herren von der grünen Internationale, die in der letzten Zeit in allen Ländern ihre Kollage schildern, haben nun das Mittel gefunden, sie zu befeitigen. Der Lohn der Landarbeiter ist abzubauen und die Landwirtschaft ist gerettet! Im Kampf um die Agrarrollen wenden sie alle Mittel an, um Sieger zu bleiben. Jeder, der nicht ein begeisterter Anhänger ihrer Ansichten ist, ist ein Feind des Staates. Die Agrarrollenfrage ist nach ihrer Anschauung der Prüfstein der Staatsloyalität. Seit den letzten Wahlen, die ihnen einen Machtzuwachs brachten, ist ihr Selbstbewusstsein stark angeschwollen und sie verneinen befehlen zu können, während die anderen nur zu gehorchen haben. Doch so einfach ist die ganze Sache nicht. Ihr Führer Svehla sollte als Regierungschef die Rollfrage bereinigen. Dies war leichter gedacht, als getan. Schon die Einlassung der Verordnung über die Weizölle hat die Koalition merklich erschüttert. Um so schwieriger mußte die Sache jetzt sein. Die Koalition konnte sich über diese Frage nicht einigen, und da Bechyně als stellvertretender Regierungschef mit den Parteien über das weitere Programm der Arbeiten verhandelte, war der Führer der Agrarier jener, der verlangte, daß innerhalb von drei Wochen diese Frage zu bereinigen sei. Das war für die tschechischen Sozialdemokraten ein Ding der Unmöglichkeit und sie haben mit vollem Recht die Realisierung dieses Verlangens abgelehnt. Dies war eine der Ursachen des Scheiterns der Koalition. Die Svehla-Regierung ging und der Nachfolger hat nun die Aufgabe, all die für die Koalition unangenehmen Dinge zu erledigen. Wieviel Erfolg Herr Cerny bei dieser gewiß nicht angenehmen Tätigkeit beschieden sein wird, muß abgewartet werden.

Könnte man all dem glauben, was man hört, so wäre es eigentlich um diese Regierung schon geschehen. Mit welcher Exaktheit sie es versteht, agrarische Wünsche zu verwirklichen, davon hat man ja schon eine Probe erhalten. Der Landwirtschaftsminister hat sein Examen gut bestanden. Er weiß, was gegen Zeuchen hilft. Den Nutzen seiner Verfügung haben die Agrarier, den Schaden die breite Masse der Bürger. Dabei sieht fest, daß wir im Inland nicht soviel Viehbestände haben, um den Bedarf an Eiweiß- und Fettstoffen decken zu können und auch der Fleischbedarf nicht gedeckt werden kann. Man braucht nur in den Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes die diesbezüglichen Daten anschauen und man wird diese Tatsache bestätigt finden. Es ist schon so, daß wir hinsichtlich landwirtschaftlicher Erzeugnisse eben auf die Einfuhr aus anderen Staaten angewiesen sind. Daran würden auch die Zölle nichts ändern. Obs in der Tat so ist, wie die Vertreter der Landwirtschaft behaupten, muß sich bald zeigen. Man wird ja sehen, was für Bewandnis es mit den vollgepöppelten Viehställen hat. Leider ist die Befürchtung, daß durch Vieheinfuhrverbote nur der Preispolitik der Agrarier gedient sein wird, nur zu begründet. Bei der Vieheinfuhr bestand der Bewilligungszwang und man weiß, wenn die Bewilligung für die Vieheinfuhr erteilt wurde, das eben geschehen mußte, da sonst der Bedarf nicht gedeckt werden konnte. Wie groß die Gefahren solcher Dinge für die Bevölkerung sind, haben auch einige bürgerliche Zeitungen erkannt und darauf aufmerksam gemacht.

Auch auf dem Getreidemarkt ist die Situation nicht so trüb, wie die Agrarier es darstellen. Nach der Periode der Preisentung haben wir jetzt einen stabilisierten Markt. Es kann also nicht gesagt werden, daß der Preis noch weiter fällt und sich kein Käufer für Getreide findet. Der Durchschnittspreis auf der Prager Börse betrug im Monat März für Weizen 187 Kronen, für Korn 123 Kronen, für Gerste 144 Kronen, was noch die in Kraft stehenden Zölle hinzukommen. Wenn der Zolltag zum Beispiel beim Weizen hinzugerechnet wird, so kommt man zu einem Preis von 199.60 Kronen, dies entspricht also fast dem höchsten Preis der Vorkriegszeit. Man ersieht daraus, daß die Situation der Landwirtschaft noch nicht unter dem Hund ist. Die Löhne sind noch lange nicht so hoch, daß man sagen könnte, sie näherten sich auch nur annähernd dem Friedensniveau. Der Lohn eines Fütterers betrug pro Monat im Jahre 1914, im intensiven Rindenzuchtgebiet, also der höchsten Lohnklasse, 70 Kronen, und beträgt heute 144 Kronen, also nur um etwas mehr als das Doppelte. So ähnlich verhält es sich bei allen anderen Arbeiterkategorien. Nun wollen wir noch aufzeigen, was eine vierköpfige Landarbeiterfamilie pro Tag an Deputat erhält. Sie bekommt: 6.60 Kilogramm Rohle, 2.5 Kilogramm Holz, pro Tag und pro Person, 2.5 Dekagramm Körnmehl, 17.5 Dekagramm Weizenmehl und 10 Dekagramm Gerstenmehl, weiters 66 Dekagramm Kartoffeln, 0.25 Eier Milch und 8.5 Gramm Fett. Der Tagelöhner erhält, wenn er in der Zeit vom März bis Oktober 100, 125 oder 150 Arbeitstage erreicht, Kartoffeln im Ausmaß von 3, 4 und 5 Zentnern und 20, beziehungsweise 30 Kilogramm Edelgetreide, wenn er bis Ende des Jahres 150 Tage oder von März bis August 100 Arbeitstage aufweist. Diese Naturalien erhalten nur Beschäftigte der ersten und zweiten Kategorie. Dazu kommt nun noch der Stundenlohn, der sich bei den genannten Kategorien zwischen 0.69 bis 1.50 Kronen bewegt. Der Stundenlohn der dritten Kategorie beträgt 0.58 bis 0.98 Kronen. Jeder objektiv urteilende Mensch wird sich sagen, daß diese Löhne nicht zu hoch sind. Es wird schwierig

jemandem geben, der begreifen wird, daß da noch ein Lohnabbau stattfinden soll. Die Herren Agrarier, die über ihre Not lamentieren, sollen nur die Not ihrer Arbeiter nicht übersehen. Diesen zu helfen ist viel dringender noch, als anderes. Wenn dann die grünen Internationalisten in ihrer Eingabe an den Landesbeirat schreiben, daß „durch die Herabsetzung der Löhne das Lebensniveau der Arbeiter nicht herabgesetzt wäre“, so ist man ob solcher Weisheit einfach poff. Aber die Herrschaften mögen nur nicht glauben, daß sie sich alles erlauben können. Die Landarbeiterschaft hat der Opfer genug gebracht. Sie kann keines mehr bringen! Nicht einen Heller ihres Lohnes kann sie nachlassen, und sie wird sich mit allen gegebenen Mitteln gegen diese Absicht der Agrarier zur Wehr setzen. So helfen die Dorfgemeindefräule den wirtschaftlichen Schwachen. Dieser Anschlag der Ritter von Palm und Ar auf die Existenz tausender Familien muß für alle Landarbeiter der Ansporn zur Werbung neuer Kämpfer sein. Festigung, Stärkung der Organisation ist nun die Parole. Aber auch die übrige Arbeiterschaft erhebt, wozu die Reife geht. Die Ritter von der grünen Fahne müssen schon andere Mittel finden, ihrer „Not“ zu steuern: Mit Lohnabbau geht es nicht. Denn auch die Geduld der Geduldigen hat einmal ein Ende.

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 13. April.) Die besetzte Tendenz an der Produktenbörse dauert an. Hauptsächlich am Getreidemarkte herrscht infolge einer größeren Nachfrage und eines wachsenden Konsums eine allgemeine Befestigung. Die Preise bei allen Getreidesorten, mit Ausnahme von Roggen, stellen sich auch höher. Ein ziemlich hohes Angebot in Roggen veranlaßt, daß sich die Roggenpreise bei einer festen Tendenz nur behaupten konnten. Weizen-, Gerst- und Haferpreise notieren aber über dem letzten Preisniveau. Mehlpreise verzeichnen keine Änderungen. In Futtermitteln war Mais auf die Auslandspreise hin sehr fest, während Weizen, Stroh, Kleie und die übrigen Futtermittel unverändert blieben. Am Samenmarkte tendierten fast alle Sorten von Kleefamen, dann Luzernklee und Ligras. Die übrigen Sorten sind unverändert. Sowohl magyarische als auch amerikanische Fett wurde bei alten Preisen gehandelt. Am Kolonialmarkte verbilligten sich etwas Mandeln, bei Kaffee und Reis ist keine Änderung eingetreten. Die Börse wurde zahlreich besucht und das Geschäft gestaltete sich auf allen Gebieten lebhafter. — Es notierten in Kč: Böhmischer Weizen, Prag 200—210, böhm. Roggen, Prag 128—130, böhm. Merlantilgerste, Prag 135—140, böhm. Auswahlgerste, Prag 150 bis 155, böhm. Pofet, feuchter, Prag 135—137, böhm. Weizhafer, Prag 145—147, amerikanisches Patentmehl, Teischen 3.55—3.65, Weizenmehl 0/5 3.60 bis 3.65, Weizenbrotmehl Nr. 4 1.95—2.05, Roggenmehl 0/1 2.40—2.45, Weizen Grieß 3.70—3.80, Reis Burma II, Teischen 2.85—2.90, Reis Aracau, Teischen 2.95—3.00, Reis Moulman extra, Teischen 3.50—3.55, Reis italienisch, poliert, Prag 4.20, Kaffee Rio 27.50—28, Kaffee Santos 30—33, Kaffee Quatemala 34.50—38, Kaffee Portorico 37.50—39, Tee Soukong 54, Tee Orange Pecco 58—65, Variemandel 34, Mandeln, gekaut 36, Rosinen 15 bis 22, Rohn, böhm. 10—10.50, Räumel, böhm. 4.20 bis 4.70, Räumel, holländischer 5—5.25, Erbsen, grüne 2.80—3.30, Erbsen, gelbe 1.75—2.20, Erbsen, Vittoria 2.50—2.80, Linsen 3—4, Weizbohnen 1.30 bis 1.70, Hirse 2.85—3.05, amerif. Gett, Teischen 13.40—13.60, Fett mag., Szob 14—14.20, Eihlarstoffe, Verladefation 31—33, Mais jugoslawischer, Preßburg 102, Mais rumänischer, kleinförniger, Oberberg 122, Mais Cinguantino, Oberberg 126, Mais La Plata, Teischen 138, Naturroßklee 1600 bis 2000, Roßklee plombiert 2100—2400, Weizklee 1400—2000, schwedischer Klee 900—1500, Inlarnat 320—340, Wundklee 800—1000, Ligras 380—390, Luzernklee heimischer 1300—1600, Luzernklee französischer 1700—2000, Steinklee weiß 400—500, Peluschke 170—175, Sommerwilde 325—400, Timothygras 300—400, Rothhafer englischer 500—600, Rothhafer, französischer 600—700, Rothhafer italienischer 480—560, Raps 300—400, Zerst 600—800, Leinsamen 270—280, Hanfsamen 180—200, Zuderrübe 300—350, Futterrübe böhm. 400—500, Futterrübe deutsche 600—800, Heu böhm., loses, Prag 60—71, Heu böhm., gepreßt, Prag 80—81, Futterstroh gepreßt, Prag 40, Stroh gepreßt, Prag 44—45, Langstroh, Prag 52—56, Weizen- oder Roggenkleie inkl. Säde, Verladefation 95—105, Malzblüte 95 bis 105, Rapskuchen 160—180, Leinkuchen 180—195.

Der Film.

Die Ehe in Gefahr betitelt sich ein Gesellschaftsdrama, das flau und behäbig beginnt, um dann in ein mitreißend dahintrollendes Tempo überzugehen. Allerdings ist die Grundlage der späteren Konflikte ein wenig gewagt: die Gatten einer Verstandesehe leben wie Bruder und Schwester, trotzdem sie einander im Laufe der Zeit liebgekommen haben; beide sind aber zu stolze Naturen, die ihre Gefühle nicht eingestehen wollen. Der Mann sehnt sich nach Bärtlichkeit und warmer Frauenliebe, die er zu Hause bei seiner kalten Gattin nicht finden kann, und verfällt langsam in Melancholie. Um sich zu zerstreuen und neuen Lebensmut zu gewinnen, treibt er sich in Verkündigung in den berühmtesten Vierteln Londons herum in der Hoffnung, Abenteuer oder irgend etwas Nervenaufpeitschendes zu erleben. Er nimmt sich einer jungen, schönen Dirne an, die von ihrem Viehhändler geprägt wird, wird schwer verwundet und von dem Mädchen, das sich in den Fremden verliebt, treu bis zur Genesung gepflegt. Der rabiate Liebhäber ist indessen aus dem Gefängnis ausgebrochen und kommt zurück, um von dem Eindringling Rechenschaft zu verlangen. Es entspinnt sich ein wilder Kampf, in dessen Verlauf das Mäd-

Mitteilungen aus dem Publikum.

Damen-Mäntel, Kostüme, Complots, Kleider in den modernsten Lichten Farben in großer Auswahl und allen Preislagen bei **Busch, Damen- und Badisch-Konfektion** ein gros und en detail, **Prag, Prikoply Nr. 27** (Mitte des Grabens), **Großer Bazar, nur 1. Stock** — keine Schaufenster! 4008

den den Rohling erschlägt, um dem Geliebten das Leben zu retten. Dieser lehrt zu seiner Frau zurück, die an der selbstlosen Zuneigung der Dirne erkennt, wie ein Weib lieben soll, und damit findet der großzügig angelegte Film das glückliche Ende. Das Stück ist trotz des gewagten Stoffes in schauspielerischer wie auch in technischer Hinsicht als erstklassig zu bezeichnen. Das Ehepaar wird von Victor Mc Lenglen und Alice Jon, das Straßenmädchen von Marjorie Daw verkörpert. S. W. S.

Literatur.

Sozialistische Kulturarbeit! Das soeben erschienene April-Heft der „Arbeiterbildung“, die als Beilage zur „Büchertarte“ erscheint, bringt an leitender Stelle einen Aufsatz von Heinrich Schulz, „Gegen Schund und Schmutz“, der sich in eingehender Weise mit dem jetzt dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf über die Bekämpfung von Schund und Schmutz befaßt. Als Staatssekretär im Ministerium des Inneren hat Genosse Schulz die Vorarbeiten für dieses Gesetz geleitet, das ursprünglich auf ganz anderer Grundlage aufgebaut war, als der jetzt dem Reichstag vorliegende Entwurf, der eine enorme Gefährdung des freien literarischen und künstlerischen Schaffens bedeutet. Aus seiner intimen Kenntnis der Dinge kommt Gen. Schulz zu einer Ablehnung des Gesetzentwurfes. Wer sich über diese Fragen, die in den nächsten Wochen von aktueller Bedeutung sein werden, unterrichten will, wird an dem Artikel von Schulz nicht vorübergehen können. Außer diesem Artikel liefert die neueste Nummer der „Büchertarte“ und „Arbeiterbildung“ eine Reihe weiterer Beiträge, die für eine systematische Kultur- und Bildungsarbeit wertvoll sind. In einem umfangreichen Einführungsartikel der „Büchertarte“ umreißt Paul Kampffmeyer das Gebiet der deutschen Kultur- und Sozialgeschichte und nennt die wichtigsten Literatur zum Studium dieses Gebietes. In zahlreichen Buchbesprechungen werden die wichtigsten Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung, der Bevölkerungspolitik, der erzählenden Literatur, der Justiz, Politik, Volkswirtschaft usw. besprochen. In der „Arbeiterbildung“ gibt Alfred Braunthol eine höchst instruktive Darstellung der Heimvolkshochschule Tinz die allen Interessenten willkommen sein dürfte. Wie in allen bisherigen Nummern, bringt auch das Aprilheft der „Arbeiterbildung“ eine Vortragsdisposition (Maifeier 1926) und einen Literaturführer (Einführung in die Wirtschaftsgeschichte) für kleinere Arbeitsgemeinschaften. Die zahlreichen Mitteilungen derselben Nummer aus der Praxis zeigen, daß die Arbeiterbewegung im Reiche trotz aller Schwierigkeiten vorwärts schreitet und immer weitere Kreise der Arbeiterschaft erfährt. Wer sich über diese ziel-

bedenkte, planmäßig fortzuarbeitende Arbeit unterrichten und auch an seiner eigenen Ausbildung weiterarbeiten will, muß die Zeitschrift „Büchertarte“ (mit Beilage „Arbeiterbildung“) abonnieren. Man bestell sie am besten bei der Parteibuchhandlung. Der Preis der monatlich erscheinenden Zeitschrift beträgt vierteljährlich 1.50 Mark. Das einzelne Heft kostet 75 Pfennig. Probenummern stellt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, kostenlos zur Verfügung.

Kunst und Wissen.

Besuch der Musikschulen in der Tschechoslowakischen Republik. Nach Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes in Prag haben das Staatskonservatorium für Prag die Meisterklasse 56, die Klavierklasse 128, die Instrumentalklasse 192, die Kompositionsklasse 44, die Orgelklasse 20, die Gesangsklasse 46, die dramatische Klasse 32 und die musikpädagogische Klasse 27, im ganzen 545 Hörer besucht. Das Staatskonservatorium für Musik und dramatische Kunst in Brünn weist für die Instrumentalklasse 81, die Klavierklasse 44, die Orgelklasse 13, die Kompositions- und Dirigentenklasse 10, die Gesangsklasse 18 und die dramatische Klasse 15, zusammen 181 Hörer aus. Die Deutsche Akademie für Musik und dramatische Kunst in Prag besuchten 24 und für sonstige Fächer 234, im ganzen 258 Hörer. Somit waren in allen drei Musikschulen 884 Hörer.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Mittwoch halb 8 Uhr „Die Insel der Affen“, Donnerstag 7 Uhr „Spiel um die Liebe“, Freitag 8 Uhr „Cavalleria Rusticana“, Samstag 8 Uhr „Die Ratten“, Sonntag 11 Uhr vorm. Singverein, 8 Uhr nachm. „Gräfin Mariza“, 7 Uhr abends „Tannhäuser“, Montag 7 Uhr abends „Die Geisha“, Dienstag „Tereftina“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Die Rama vom Ballett“, Donnerstag „Der teuflische Lebemann“, Freitag „Der Gatte des Fräulein“, Samstag „Der Selige“, „Brüderlein fein“, „Die schlimmen Fuben“, Sonntag 3 Uhr „Der teuflische Lebemann“, halb 8 Uhr abends „Ridel u. die 3 Gerechten“, Montag „Der teuflische Lebemann“, Dienstag Bankbeamtenvorstellung „Heimliche Brautfahrt“.

Aus der Partei.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag. Mittwoch, den 14. April l. J., findet im „Verein Deutscher Arbeiter“ Prag II, Smecký 27, ein Vortrag des Genossen Greuß über „Die moderne Arbeiterbewegung“ statt. Die Jugendgenossinnen und Genossen, die dieses Thema bestimmt durchwegs interessieren wird, werden aufgefordert, sich diesmal vollzählig einzufinden. Beginn um 8 Uhr abends. Gäste herzlich willkommen.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



**Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.**

Größtbedruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Gieß- und Ziehmaschinen mit einer Leistung von 500.000 Buchstaben, Relatormaschinen mit einer Lagerproduktion von 100.000 Zeitungen, Fernsprecher Nr. 271, Postfach Nr. 127. 663

Genossen! Ihr müsst un- ausgesetzt für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Zieht euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen, agitiert!

Herausgeber Dr. Ludwig Egech.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert.
Druck: Deutsche Zeitungs-A. G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Poll.

Bad Bohdaneč
heilt Rheumatismus, Gicht, Ischias
und Frauenleiden. — Berühmte
Moorbäder. — Radioaktive Quelle.
— Tausende Dankschreiben. —
Modernst eingerichtet. — Riesiger
Park und Wälder. — Allen Be-
völkerungsschichten zugänglich.

SAISON-BEGINN AB 3. MAI. Prospekte gratis.

Laden Sie
Ihren Akkumulator
zu Hause mit dem
PHILIP'S GLEICHRICHTER